

## Antrag

**Initiator\*innen:** Landesparteirat

**Titel:** **Intensivierung der Verkehrserziehung und  
-kontrolle im Zusammenhang mit dem  
Radverkehr**

---

### Antragstext

1 Der Parteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im  
2 Sächsischen Landtag weiterleiten:

3  
4 Wir fordern eine verbesserte Verkehrserziehung, insbesondere an Grundschulen.  
5 Dazu sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- 6 1. Die Verkehrserziehung soll für alle Schularten verpflichtend in die  
7 Lehrpläne aufgenommen werden.
  - 8 • Die Materialien der Verkehrswacht und ähnlicher Institutionen zum Thema  
9 Verkehrserziehung und Radfahrausbildung werden weiterhin kostenlos zur  
10 Verfügung gestellt.
  - 11 • Die Materialien werden in Zusammenarbeit mit Lehrer\*innen überarbeitet und  
12 um digitale Formate ergänzt.
- 13 2. Der Freistaat Sachsen soll in diesem Zusammenhang die personellen  
14 Ressourcen der polizeilichen Präventionsarbeit und der Verkehrspolizei  
15 aufstocken. Dadurch können sowohl die präventiven Angebote im schulischen  
16 Bereich ausgebaut, als auch die notwendige Überwachung des Straßenverkehrs  
17 intensiviert werden. Das wichtige ehren- und hauptamtliche Engagement in  
18 den Verkehrswachten mit ihren Verkehrsschulen wollen wir weiterhin mit  
19 Fördermitteln unterstützen.

- 20 • Der Freistaat unterstützt das Thema Verkehrserziehung, indem zusätzliches  
21 Personal bei Polizei und Schule zur Verfügung gestellt wird.
- 22 • Der Freistaat Sachsen unterstützt die Kommunen beim Bau von weiteren  
23 Verkehrsübungsplätzen.
- 24 3. Der Freistaat Sachsen initiiert eine sachsenweite Kampagne zur  
25 Sensibilisierung aller Verkehrsteilnehmenden für die besondere Gefährdung  
26 von Radfahrenden im Straßenverkehr. Dabei ist gerade auch auf den  
27 Radverkehr betreffende Neuerungen in der Straßenverkehrsordnung (z.B.  
28 feste Mindestüberholabstände von 1,5 Metern inner- und 2,0 Metern  
29 außerorts, Erlaubnis zum Nebeneinanderfahren) hinzuweisen.

30 Darüber hinaus fordern wir die Initiierung einer sachsenweiten Kampagne zur  
31 Sensibilisierung aller Verkehrsteilnehmenden für die besondere Gefährdung von  
32 Radfahrenden im Straßenverkehr.

## **Begründung**

33 Als Radfahrer\*in ist man das schwächste Glied im fließenden Verkehr. Weder  
34 Knautschzonen noch Airbags schützen eine\*n Radfahrer\*in. Daher ist eine  
35 umsichtige, vorausschauende und defensive Fahrweise unbedingt geboten. Allein  
36 die Forderung nach Abbiegeassistenten für LKW reicht nicht aus.

37 Mit der weiterhin positiven Einwohnerentwicklung der Stadt Leipzig geht auch  
38 eine Steigerung der Verkehrsintensität einher. Durch die steigende Zahl an  
39 Verkehrsteilnehmer\*innen erhöht sich die Unfallgefahr und die Häufigkeit  
40 unübersichtlicher Verkehrssituationen. Aus dem Verkehrsbericht der  
41 Polizeidirektion Leipzig für das Jahr 2017 ist zu entnehmen, dass die Anzahl der  
42 Verkehrsunfälle mit Beteiligung von Radfahrer\*innen im Zeitraum 01.01.2013 bis  
43 31.12.2017 jährlich zwischen 1.100 und 1.270 Fällen liegt. Allein im Jahr 2017  
44 gab es 1.171 Unfälle mit Radfahrer\*innen, wobei davon 899 verletzt und 2 getötet  
45 worden sind. Im Zeitraum 01.01. bis 07.06.2018 sind drei Radfahrer/-innen bei  
46 Unfällen getötet und mehrere weitere schwer verletzt worden.

47 Bei 1247 beteiligten Radfahrer\*innen trugen fast die Hälfte die Schuld bzw. eine  
48 Mitschuld. Die mit großem Abstand häufigste Unfallursache war der Verstoß gegen  
49 das Rechtsfahrgebot bzw. Fehler bei der Straßenbenutzung. Weitere häufige  
50 Ursachen waren unangepasste Geschwindigkeit und Nichtbeachten der Vorfahrt.

## Antrag

**Initiator\*innen:** Landesparteirat

**Titel:** **Aufklärung u?ber psychische Krankheiten in der Schule**

---

### Antragstext

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD Fraktion im*  
2 *sächsischen Landtag weiterleiten:*

3 Psychische Krankheiten können wesentlich erfolgreicher behandelt werden, je eher  
4 eine korrekte Diagnose und Therapie stattfindet. Daher soll zukünftig an jeder  
5 Schule mindestens einmal jährlich über psychische Krankheiten aufgeklärt und auf  
6 Hilfsangebote hingewiesen werden. Zusätzlich sollen die Schulen verpflichtet  
7 werden, einmal pro Schullaufbahn jedes\*jeder Schüler\*in einen einwöchigen  
8 fächerverbindenden Unterricht unter fachlicher Begleitung von klinischen  
9 Psycholog\*innen bzw. Psychotherapeut\*innen durchzuführen, in welchem die Themen  
10 Psyche und psychische Erkrankungen und Störungen genau behandelt werden. Die  
11 konkrete Ausarbeitung obliegt der Schule, beziehungsweise den  
12 Beratungslehrer\*innen. Seminar-/Workshop-Tag und der fächerverbindende  
13 Unterricht sollen hierbei durch psychologisch geschultes Personal  
14 (beispielsweise Psycholog\*innen, Psychotherapeut\*innen, Sozialarbeiter\*innen,  
15 Streetworker\*innen) und außerschulische Projekte/Organisationen (unter anderem  
16 MindMatter, Telefonseelsorge) unterstützt werden.

17 Zusätzlich sollen Hilfsangebote an jeder Schule durch die Beratungslehrer\*innen  
18 erstellt werden, beispielsweise in Form von Einzelgesprächen, Vermittlung an  
19 Therapeut\*innen und andere Hilfsstellen oder Begleitung bei Gesprächen mit  
20 Eltern/Ärzt\*innen. Auch bei Elternabenden soll regelmäßig über diese Themen  
21 informiert und persönliche Beratung für die Erziehungsberechtigten angeboten  
22 werden.

23 Des Weiteren sollten auch Lehrer\*innen und vor allem Beratungslehrer\*innen  
24 bezüglich psychischen Erkrankungen aufgeklärt werden, um psychische  
25

26 Veränderungen eines\*einer Schüler\*in frühzeitig und korrekt zu erkennen und eine  
27 Mittelsperson und Vermittler\*in zwischen den Schüler\*innen, ihren Eltern,  
28 Beratungslehrer\*innen, Schulsozialarbeiter\*innen oder potentiell auch  
29 Therapeut\*innen zu sein. Da Beratungslehrer\*innen Vertrauenspersonen für  
30 Schüler\*innen sein sollten, sollen jene Beratungslehrer\*innen in der Schule  
31 basisdemokratisch von den Schüler\*innen gewählt werden. Zur besseren Arbeit  
32 dieser Beratungslehrer\*innen soll der Freistaat Sachsen das Ziel verfolgen, an  
33 jeder Schule Schulsozialarbeiter\*innen, wenn möglich auch Schulpsycholog\*innen,  
einzustellen, welche die Beratungslehrer\*innen unterstützen.

## **Begründung**

34 Im Jahr 2017 starben durch Suizid mehr Menschen als durch Verkehrsunfälle, HIV  
35 und Drogen zusammen (Quelle: Statista). Viele Suizide könnten verhindert und  
36 vielen Menschen die Freude am Leben (zurück-)gegeben werden, wenn entsprechende  
37 Hilfsangebote rechtzeitig wahrgenommen würden. Denn die Chance darauf,  
38 psychische Erkrankungen zu heilen oder negative Folgen von traumatisierenden  
39 Erlebnissen so gering wie möglich zu halten ist wesentlich höher, je eher diese  
40 Probleme erkannt werden. Da der Leidensdruck einer langjährigen oder gar  
41 lebenslangen Erkrankung wie beispielsweise Depressionen oder einer Angststörung  
42 sehr groß ist, sollte so früh wie möglich interveniert werden. Vielen  
43 Elternhäusern ist dies jedoch aus unterschiedlichsten Gründen nicht möglich.  
44 Daher muss bezüglich dieser Themen und zugehöriger Hilfsangebote dringend  
45 Aufklärung stattfinden. Dies sollte in der Schule geschehen, da sie dort die  
46 größtmögliche Anzahl an Menschen erreicht.

**Z04**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** AG SelbstAktiv Sachsen

**Titel:** Zur Umsetzung der UN-BRK in der SPD Sachsen  
- Anträge zukünftig auch in einfacher Sprache

## **Votum der Antragskommission**

Debatte

## **Antragstext**

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 **Wahlprogramme und Leitanträge sind in Zukunft vor den beschließenden Parteitag**  
3 **zusätzlich in einfacher und Sprache verfügbar zu machen**

## **Begründung**

4 UN-BRK

5 Artikel 5 Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung

6 Abs. (3) Zur Förderung der Gleichberechtigung und zur Beseitigung von  
7 Diskriminierung, unternehmen die Vertragsstaaten alle geeigneten Schritte, um  
8 die Bereitstellung angemessener Vorkehrungen zu gewährleisten.

9 Anträge werden häufig mit Fachbegriffen, politischen Redewendungen und unter  
10 Bezug Gesetzestexte und Verordnungen verfasst. Das macht es unter anderem für  
11 Menschen kognitiven Einschränkungen besonders schwer, den Inhalt und die Folgen

12 des eigenen Abstimmungsverhaltens zu erfassen.

13 Ziel der AG SelbstAktiv Sachsen ist es, dass alle TeilnehmerInnen an  
14 Landeskongressen und ähnlichen Veranstaltungen der SPD Sachsen die Möglichkeit  
15 haben Anträge zu stellen.

16 So sollen vor allem Betroffene ermutigt und eingeladen werden, sich aktiv an  
17 Debatten mit Ihren persönlichen Erfahrungen und ihrer Expertise einzubringen.

## Antrag

**Initiator\*innen:** Landesparteirat

**Titel:** Paritätische Finanzierung der  
Pflegeversicherung auch in Sachsen

### Antragstext

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag  
2 sowie die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

3 Die finanzielle Benachteiligung der Beschäftigten in Sachsen wegen des angeblich  
4 zusätzlichen Feiertags, dem Buß- und Betttag, ist ungerecht und muss abgeschafft  
5 werden.

6 Die SPD Sachsen wird daher beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die SPD-  
7 Bundestagsabgeordneten sich dafür einsetzen mögen, dass die Beiträge zur  
8 gesetzlichen Pflegeversicherung der im Freistaat Sachsen gesetzlich  
9 pflegeversicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie anderer freiwillig  
10 gesetzlich versicherten Personen (z. B. Beamtinnen und Beamte) ebenso  
11 paritätisch finanziert werden, wie in allen anderen Bundesländern.

### Begründung

12 Der Beitragssatz zur gesetzlichen Pflegeversicherung wurde gemäß § 55 SGB XI am  
13 01. Januar 1995 auf 1 % der beitragspflichtigen Einnahmen festgesetzt.  
14 Beschäftigte und ihre Arbeitgeber sollten nach § 55 Abs. 1 SGB XI die nach dem  
15 Arbeitsentgelt zu bemessenen Beiträge jeweils zur Hälfte tragen.  
16 Zum Ausgleich der Arbeitgeberbeiträge sollten die Bundesländer einen  
17 gesetzlichen landesweiten Feiertag, der stets auf einen Werktag fällt, aufheben,  
18 § 58 Abs. 2 SGB XI.

19 In allen Bundesländern, außer in Sachsen, wurde daraufhin ein Feiertag  
20 gestrichen. Der Beitrag von Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurde danach in allen  
21 Bundesländern, außer in Sachsen, je zur Hälfte (je 0,5 %) getragen. In Sachsen  
22 hatten die Arbeitnehmer den Beitrag (wegen der Beibehaltung des Buß- und  
23 Bettages) allein zu tragen (AN 1 % und AG 0 %).

24 Zwischenzeitlich hat sich der Beitragssatz zur Pflegeversicherung immer wieder  
25 erhöht; zuletzt 2019 um 0,5 % auf insgesamt 3,05 %; auf insgesamt 3,3 % für  
26 kinderlose Arbeitnehmer.

27 Nunmehr ergibt sich ab 2019 folgende Beitragspflicht:

28 Beitragssatz **Arbeitnehmer ohne** Beitragszuschlag

29 **Sachsen: 2,025 %**

30 alle anderen Bundesländer: 1,525 %

31 Beitragssatz **Arbeitnehmer mit** Beitragszuschlag

32 Sachsen: 2,025 % + 0,25 % = **2,275 %**

33 alle anderen Bundesländer: **1,525 %** + 0,25 % = 1,775 %

34 Beitragssatz **Arbeitgeber**

35 Sachsen: 1,025 %

36 alle anderen Bundesländer: 1,525 %

37 Die Situation für die in Sachsen lebenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer  
38 (sowie der Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherungen, die dort nicht  
39 pflichtversichert sind) ist damit zutiefst unbefriedigend. Diese Ungerechtigkeit  
40 muss schnellstmöglich beseitigt werden. Die Beiträge zur gesetzlichen  
41 Pflegeversicherung sind im Wege einer Anpassung des SGB XI in Sachsen wie in den  
42 anderen Bundesländern auch paritätisch zwischen den Arbeitnehmern und  
43 Arbeitgebern zu leisten. Dies gilt umso mehr, als in anderen Bundesländern  
44 zwischenzeitlich wieder Feiertage eingeführt wurden; so wurde z. B. in Thüringen  
45 der Kindertag ein landesweiter Feiertag; in Berlin der Frauentag. Zudem hat  
46 Sachsen im Bundesvergleich auch keineswegs die meisten Feiertage.



## Antrag

**Initiator\*innen:** Landesparteirat

**Titel:** **Mehr Sprachbarrierefreiheit für gehörlose und schwerhörige Gebärdensprachnutzer in Krankenhäusern**

---

### Antragstext

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD Fraktion im*  
2 *sächsischen Landtag weiterleiten:*

3 Wir fordern mehr Einsatz für den Bereitschaftsdienst der  
4 Gebärdensprachdolmetscher\*innen in öffentlichen Krankenhäusern. Eine sofortige  
5 Maßnahme können nach dem US-amerikanischen Vorbild Ferndolmetscher\*innen sein,  
6 die auf Bildschirmen dolmetschen. Diese technische Ausstattung muss in jedem  
7 öffentlichen Krankenhaus zur Verfügung stehen. Eine weitere Möglichkeit besteht  
8 darin, für einfache Gespräche auf der Station (z.B. kurze Gespräche zwischen dem  
9 Pflegepersonal und den Gehörlosen) spezielle Apps zu verwenden. Es gibt bereits  
10 entsprechende Apps, die jedoch kostenpflichtig sind. Das darf nicht sein - sie  
11 müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden und Weiterentwicklungen der Apps  
12 müssen staatlich finanziert werden. Diese Maßnahmen können das Leben sehr vieler  
13 Menschen retten: In Deutschland leben über 80.000 Gehörlose sowie eine noch  
14 größere Anzahl an Schwerhörigen, die auf Gebärdensprache angewiesen sind. Wenn  
15 die Kommunikation gesichert ist, schafft das ein Gefühl von Sicherheit und  
16 Wohlbefinden - eine wichtige Grundlage, sich im Krankenhaus ausreichend zu  
17 erholen. Nicht nur für den\*die Patient\*in ist es leichter, wenn die  
18 Kommunikation reibungslos funktioniert - auch für Ärzte/Ärztinnen oder  
19 Krankenschwestern/-pfleger\*innen bedeutet das weniger Stress.

20  
21 Vor ähnlichen Problemen stehen in Deutschland auch Nicht-Muttersprachler\*innen.  
22 Es gibt für sie aktuell zahlreiche Projekte und Initiativen, die jedoch bei  
23 weitem nicht ausreichend sind, um die sprachlichen Hürden insbesondere auch in

24 der medizinischen Versorgung hinreichend weit zu senken, um einen vertrauten  
25 Umgang zur Regel zu machen. Daher ist zu prüfen, inwiefern die Strukturen, die  
26 für Gehörlose aufgebaut werden sollen analog auch ihnen zu Gute kommen können.

## Begründung

27 Im Krankenhaus sind die wichtigsten Momente des Lebens jedes Menschen. Dort muss  
28 die Kommunikation immer reibungslos laufen: Informationen über Krankheiten und  
29 Operationen müssen zu 100% verstanden werden und auch während der stationären  
30 Aufnahme muss die Kommunikation barrierefrei sein. Genauso in der Notaufnahme:  
31 Was passiert, wenn ein Gehörloser im Sekundentakt nichts versteht und deshalb  
32 falsche Antworten liefert? Diese kommunikative Barriere kann großen Schaden  
33 anrichten bzw. schwerwiegende Folgen haben!

34 Eine mögliche Umsetzungsstrategie wäre ein Bereitschaftsdienst für  
35 GebärdensprachdolmetscherInnen in Teilzeit für jeden Landkreis. Wenn beispielsweise  
36 ein Landkreis fünf Krankenhäuser in seinem Umfeld hat, könnten für diese  
37 mindestens zwei GebärdensprachdolmetscherInnen in Teilzeit zur Verfügung stehen.  
38 Die zwei DolmetscherInnen werden über den ganzen Tag aufgeteilt, jeder bekommt  
39 einen Pieper. So dass Sie auch unterwegs sein dürfen. Die Wahrscheinlichkeit,  
40 dass an einem Tag so viele Gehörlose gleichzeitig im Krankenhaus eingewiesen  
41 werden, ist gering, daher sollte diese Maßnahme ausreichen.

42 Ein Problem hierbei dürfte sein, dass in Deutschland Dolmetschermangel herrscht.  
43 Um diesem entgegenzutreten, wäre es möglich, dass Ferndolmetscher mit  
44 Videoübertragung zum Einsatz kommen, wie nach neuseeländischem und amerikanischem  
45 Vorbild. So kann eine reibungslose Kommunikation gewährleistet werden. Denn wenn  
46 sich ein Patient im Krankenhaus aufhält, sollte immer entweder ein/e  
47 DolmetscherIn oder FerndolmetscherIn zur Verfügung stehen. Etwa für  
48 Arztbesprechungen, Untersuchungen oder Visiten.

49 Amerikanisches Vorbild: [https://www.nad.org/resources/technology/video-remote-  
51 interpreting/](https://www.nad.org/resources/technology/video-remote-<br/>50 interpreting/) Unter dieser Quelle werden bereits auch für viele andere Zwecke  
52 wie Videoferndolmetscher als Zwischenlösung angewendet, wenn keine  
53 GebärdensprachdolmetscherInnen persönlich zu einem Termin angemeldet werden  
54 können. Hier werden auch Arztpraxen sowie Krankenhäuser erwähnt. Weitere Quellen  
55 aus den USA: <https://www.language.com/interpreting/on-demand/video-remote>  
56 Nach der language.com-Quelle sollte eine solche technische Ausstattung möglich  
57 sein für alle öffentlichen Krankenhäuser. Der Staat müsse uns hierzu eine  
Möglichkeit zur Umsetzung geben.

58 Zu einer anderen Perspektive, nämlich die von ausländischen

59 SprachdolmetscherInnen für Ämter:  
60 [https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/107127/Grosses-Interesse-an-](https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/107127/Grosses-Interesse-an-Videodolmetscher-in-Thueringen)  
61 [Videodolmetscher-in-Thueringen](https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/107127/Grosses-Interesse-an-Videodolmetscher-in-Thueringen). Auch im medizinischen Bereich sollte  
62 Barrierefreiheit auch für die Gehörlosen und Schwerhörigen ermöglicht werden!

63 Auf Grundlage der Gesetze im GG darf sich kein Nachteil ergeben:  
64 <https://www.behindertenrechtskonvention.info/gesundheits-sorge-3910/>

65 Das Gesetz über US-Amerikaner mit Behinderungen schreibt vor, dass  
66 Krankenhäuser, die Bundesmittel erhalten, gehörlosen Patienten helfen, eine  
67 effektive Kommunikation sicherzustellen.  
68 <https://www.statnews.com/2017/05/22/deaf-patients-interpreters/> Das ist ein  
69 Extremfall vom Videodolmetschen, daher sollte es nicht die einzige Lösung sein.  
70 Es muss zusätzlich einen Bereitschaftsdienst für jedes Krankenhaus zur Verfügung  
71 stehen. Sowohl für Notaufnahmen, als auch für Patienten, die sich im Krankenhaus  
72 aufhalten. Daher ist das Videodolmetschen eine Zwischenlösung. Hierfür müssen  
73 ein Internetzugang mit bester Qualität sowie ein/e TechnikerIn, der/die  
74 Videoübertragungsgeräte einrichten kann.

75 [https://www.justdigit.org/are-doctors-or-hospitals-required-to-provide-live-](https://www.justdigit.org/are-doctors-or-hospitals-required-to-provide-live-interpreters-for-deaf-patients/)  
76 [interpreters-for-deaf-patients/](https://www.justdigit.org/are-doctors-or-hospitals-required-to-provide-live-interpreters-for-deaf-patients/) Dort wird beschrieben, wie die Regelungen für  
77 eine VRI aussehen sollten -> Ein kurzer Austausch von medizinischen  
78 Informationen wie bei Arztvisiten oder schnelle Fragen oder andere ruhige,  
79 unkomplizierte Einzelgespräche sollen gedolmetscht werden. Auch hier wird  
80 erwähnt, dass die Videoübersetzung nur eine Zwischenlösung ist, wenn kein/e  
81 DolmetscherIn kurzfristig vor Ort eingesetzt werden kann.

## Antrag

**Initiator\*innen:** Landesparteirat

**Titel:** **Seniorenticket für Sachsen – Klimaschutz unterstützen**

---

### Antragstext

1 Die SPD-Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der  
2 Staatsregierung werden aufgefordert, sich im Zuge der Einführung des ab 2023  
3 vorgesehenen Sachsentarifs für die Schaffung von spezifischen und vergünstigten  
4 Tarifangeboten für Seniorinnen und Senioren (wie z.B. einem Jahresticket für  
5 alle Frauen und Männer ab 65 Jahren) einzusetzen.

### Begründung

6 Als Beispiel dient das Seniorenticket in Hessen:

7 Seit dem 1. Januar 2020 können Seniorinnen und Senioren, die 65 und älter sind,  
8 mit Bus und Bahn für 1€ am Tag durch ganz Hessen fahren. Ältere Menschen können  
9 Familie, Freunde, Bekannte besuchen, Ausflüge unternehmen, ihre alltägliche  
10 Erledigung zu einem günstigen Preis mit Bussen und Bahnen bewerkstelligen. Ein  
11 wichtiger Schritt für eine sozial-ökologische Verkehrswende.

12 Viele Menschen wollen im Verkehr umdenken, das belegen neue repräsentative  
13 Umfragen.

14 Vom Umdenken zum Handeln, das Auto stehen zu lassen, ist aber noch ein großer  
15 Schritt. Diesen Schritt kann man durch attraktive Fahrpläne und Fahrpreise  
16 erleichtern.

17 Betriebswirtschaftlich dürfte eine Jahreskarte für Senioren sinnvoll sein. Denn

18 das Angebot richtet sich an eine Kundschaft, die öffentliche Verkehrsmittel  
19 bisher mehr oder weniger verschmäht hat und weitere geburtenstarke Jahrgänge  
20 folgen.

21 Beispiel Österreich/Tirol:

22 Ab 63 zahlen Senioren pro Jahr 254,80 €, ab 75 nur noch 127,40 € incl.  
23 Parkberechtigung für alle Park + Ride Anlagen.

24 Man könnte noch NRW, Niedersachsen (Hannover Umland), Berlin, Bayern (Großraum),  
25 Hamburg (Großraum) etc.

26 Beispiel Ungarn:

27 Alle Seniorinnen und Senioren ab 60 (auch Urlauber) fahren mit Bus u.  
28 Regionalbahnen landesweit kostenlos. Ökologisch sinnvoll.

# Beschluss M13

## Antrag

**Initiator\*innen:** Landesparteirat

**Titel:** More Moor

### Antragstext

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-*  
2 *Landtagsfraktion weiterleiten:*

3 Der Klimaschutz bedingt einen ausgedehnten Naturschutz weltweit. Auch in Sachsen  
4 müssen deshalb signifikant mehr Schutzgebiete eingerichtet werden, um allen  
5 heimischen Tier- und Pflanzenarten genügend Flächen zu bieten. Auf diese Weise  
6 kann die Biodiversität in Sachsen erhalten und wieder stabilisiert werden.

7 Dabei müssen Moore viel stärker in den Fokus genommen werden. Intakte Moore sind  
8 perfekte Kohlenstoffspeicher, da der Kohlenstoff im Torf durch die  
9 Wassersättigung konserviert wird, wohingegen trockengelegte Moore massiv CO<sup>2</sup>  
10 ausstoßen. Darüber hinaus sind entwässerte Moore sehr brandanfällig, wie die  
11 Bundeswehr bei Übungen im Emsland 2018 unter Beweis gestellt hat. Diese  
12 Torfbrände sind nur schwer zu löschen und damit ein bedeutender  
13 Treibhausgasemittent. Einzige Möglichkeit die Freisetzung von Treibhausgasen zu  
14 verhindern, ist die Moore wieder zu vernässen.

15 Vernässte Moore sind für den konventionellen Ackerbau denkbar ungeeignet, aber  
16 dennoch alles andere als wertlos. Eine nachhaltige Nutzung ist beispielsweise  
17 durch den Anbau von Paludikultur, wie Schilf, Moos oder Rohrkolben für die  
18 Futterproduktion, als Torfersatz oder als Rohstoff für Baumaterialien möglich.  
19 Moore sind Lebensräume zahlreicher Tier- und Pflanzenarten, von denen einige nur  
20 in Mooren heimisch sind. Dies macht Moore für die Artenvielfalt besonders  
21 wertvoll und zudem für die touristische Erschließung attraktiv.

22 Wir fordern die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag auf, sich für folgendes

23 einzusetzen:

- 24 • Mindestens ein neues Naturschutzgroßprojekt in Sachsen, wobei Moorgebiete zu
- 25 favorisieren sind
- 26 • Moorgebiete in Sachsen stärker zu schützen und wenn nötig zu renaturieren
- 27 • Förderung der Forschung zur Palidukultur.

## **Begründung**

28 Über die Bundesförderung Naturschutz „chance.natur“ ist es möglich, den Schutz  
29 gesamtstaatlich bedeutender Gebiete zu fördern, Renaturierungen umzusetzen,  
30 Pflege- und Entwicklungspläne zu erstellen und Grundstücke für den Naturschutz  
31 zu erwerben. In Sachsen wurden bereits vier Naturschutzgroßprojekte über  
32 chance.natur gefördert (Lausitzer Seenland, Presseler Heidewald- und  
33 Moorgebiete, Teichgebiete Niederspree-Hammerstadt, Bergwiesen im Osterzgebirge).

# Beschluss M14

## Antrag

**Initiator\*innen:** Landesparteirat

**Titel:** **Kein Mikroplastik mehr in Teebeuteln – Verbot für Teehersteller, Teebeuteln Kunststoff beizufügen**

---

### Antragstext

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD*  
2 *Bundesparteitag weiterleiten:*

3 Da Mikroplastik sowohl für den Körper als auch für die Umwelt gefährlich sein  
4 kann, hat Mikroplastik (auch von Biokunststoffen) nichts in Teebeuteln zu  
5 suchen! Deshalb fordern wir, dass Kunststoffe in Teebeuteln verboten werden.

### Begründung

6 Eine Studie von Forschern der McGill University in Montreal ergab, dass ein  
7 Teebeutel aus den Kunststoffen Nylon oder PET über elf Milliarden Mikroplastik-  
8 Partikel und über drei Milliarden Nanoplastik-Partikel im Teewasser  
9 hinterlassen. Das ergibt pro Tasse 16 Mikrogramm Kunststoff und ist somit mehr  
10 Plastik, als bislang in sämtlichen anderen Lebensmitteln entdeckt wurde. Die  
11 meisten aller in Deutschland verkauften Teebeutel sind zwar aus Papier anstatt  
12 aus Kunststoff – allerdings wird diesen Beuteln zum Teil geringe Mengen an  
13 Kunststoff (z.B. Polypropylen) beigefügt, damit sie im Wasser nicht  
14 zusammenfallen. Außerdem bestehen die Pyramidenbeutel, die auch in Deutschland  
15 des öfteren verwendet werden, häufig aus Biokunststoff. Der Blog „fairlis“ hat  
16 einige Teehersteller danach gefragt, woraus ihre Teebeutel bestehen und das im  
17 Jahr 2019 veröffentlichte Ergebnis war, dass bereits viele Teebeutel plastikfrei  
18 sind (z.B. von den Marken Pukka, Lebensbaum, Yogi-Tee etc.) – aber noch nicht  
19 alle. Viele Marken verwenden Biokunststoff und einige sogar herkömmlichen



20 Kunststoff.

21 Laut der „Teestatistik 2016“ hat im Jahr 2016 im Durchschnitt jeder Bundesbürger  
22 in Deutschland 28 Liter Tee getrunken (rausgerechnet sind Kräuter- und  
23 Fruchteeemischungen). Der in Deutschland getrunkene Tee stammt laut der  
24 Statistik zwar zu 60% aus losem Tee und zu 40% aus Teebeuteln. Dennoch ergibt  
25 das immer noch eine hohe Anzahl an Menschen, die z.T. von Mikroplastik in  
26 Teebeuteln betroffen sind. Wie bereits bekannt ist, hat Mikroplastik eine  
27 negative Auswirkung auf die Umwelt und den Körper. Über das Abwasser gelangt  
28 Mikroplastik ins Meer, wo es – angereichert mit Bakterien und Umweltgiften – von  
29 Meerestieren gegessen wird und großen gesundheitlichen Schaden anrichten kann.  
30 Außerdem kann Mikroplastik über die Düngung landwirtschaftlicher Felder mit  
31 Klärschlamm auf den Böden landen und damit schließlich auch auf unseren  
32 Nahrungsmitteln. Welche genauen Auswirkungen Mikroplastik auf den menschlichen  
33 Körper hat, ist noch nicht weitgehend erforscht. Allerdings gibt es Forschungen  
34 in Bezug auf Tiere, die ergaben, dass Mikroplastik zu Entzündungen führen, den  
35 Magen-Darm-Trakt schädigen, die Verdauung beeinträchtigen sowie die Aufnahme von  
36 Nahrung behindern kann. Außerdem wird vermutet, dass das Wachstum und die  
37 Fortpflanzung durch Mikroplastik gestört werden. Wenn Mikroplastik für Tiere zum  
38 Teil so schädlich ist, kann es für die Menschen unmöglich harmlos sein.

## Antrag

**Initiator\*innen:** Landesparteirat

**Titel:** A 14 sicherer machen

### Antragstext

1 Der Landesparteitag möge beschließen und an die SPD-Landtagsfraktion

2 weiterleiten:

3 **Wir fordern die Einführung EINER GESCHWINDIGKEITSBEGRENZUNG FÜR ALLE**  
4 **VERKEHRSTEILNEHMER:INNEN.** Die Staatsregierung wird aufgefordert zu überprüfen,  
5 inwiefern die Ausweitung eines temporären oder sektoralen Überholverbots für LKW  
6 zwischen Leipzig-Nordost und dem Dreieck Nossen die Verkehrssicherheit auf der  
7 A14 erhöht.

### Begründung

8 In dem im Antrag benannten Bereich gibt es immer wieder schwere LKW-Unfälle und  
9 Unfälle mit LKW-Beteiligung. Die werktags hohe Verkehrsbelastung in  
10 Fahrtrichtung Dresden zu oben genannter Zeit ist ein Faktor, der das  
11 untereinander Überholen von LKWs befördert und zu immer wieder riskanten, nicht-  
12 verkehrssicheren Situationen führt. Außerdem werden durch zahlreiche, relativ  
13 enge Kurven und weithin schlecht einsehbare Verkehrsabschnitte zusätzlich  
14 Unfälle in diesem Bereich begünstigt.

15 Dies führt zu zahlreichen Unfällen.

16 Wir wollen, vielleicht auch testweise, diese schweren Unfälle reduzieren.

# Beschluss M16

## Antrag

**Initiator\*innen:** Landesparteirat

**Titel:** Einheitliche Pfandflaschen

### Antragstext

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD-  
2 Bundesparteitag  
3 weiterleiten:

4 Immer mehr Brauereien, insb. Großbrauereien, setzen individuell gestaltete  
5 Reliefflaschen ein. Diese stellen für das Mehrweg-Pfand-System eine große  
6 finanzielle & ökologische Herausforderung dar. Bisher ist das Mehrweg-Pfand-  
7 System weitestgehend unreguliert und basiert auf freiwilliger Basis. Wir fordern  
8 eine vergleichbare Regulierung des Mehrwegpfand wie beim Einwegpfand. Das  
9 bedeutet insbesondere eine Aufnahme der zulässigen Flaschenformen in die  
10 Verpackungsverordnung. Das Ziel ist eine Vereinheitlichung, so dass insbesondere  
11 kleine und mittlere Brauereien nicht mit hohem Sortier- und Arbeitsaufwand  
12 belastet werden, um die Flaschen von Großbrauereien auszusortieren,  
13 abzutransportieren oder gar zu vernichten. Aus Umweltschutzgründen bedarf es  
14 einer Erhöhung des Mehrwegpfandes auf 15 Cent pro Einzelflasche.

### Begründung

15 Trotz hohen Gewichts und weiter Transportwege haben Glasmehrwegflaschen eine  
16 sehr gute Umweltbilanz für Getränkebehältnisse. Dieser Effekt wird durch die  
17 Verwendung von individuell gestalteten Reliefflaschen von Großbrauereien  
18 konterkariert, da die Wiederverwendbarkeit drastisch eingeschränkt wird und  
19 teilweise die Haltbarkeit sinkt.

**M11**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** SPD-Ortsverein Elbhang/Schönfelder Hochland

**Titel:** Drohenden Kiesabbau in Söbrigen verhindern

## **Votum der Antragskommission**

Debatte

## **Antragstext**

1 Die SPD Sachsen und die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag setzen sich v.a. aus  
2 umweltpolitischen Aspekten gegen die Planungen zum Kiesabbau durch die Borsberg  
3 Kieswerke AG im Osten der Sächsischen Landeshauptstadt ein. Der Abbau wäre ein  
4 schwerer Eingriff in die einmalige Kulturlandschaft zwischen dem Schloss  
5 Pillnitz, Oberpoyritz, den Weinbergen und der Elbe. Zudem würde die Gesundheit  
6 der betroffenen Anwohner durch Lärm, Staub und Erschütterungen für Jahrzehnte  
7 massiv gefährdet werden. Gerade in einer Großstadt wie Dresden sind  
8 naturbelassene Flächen enorm wichtig für das Mikroklima. Es wäre  
9 unverantwortlich, diese einmalige Naturlandschaft nicht zuletzt durch  
10 schwerwiegende Veränderungen des Grundwasserspiegels und der Vegetation für  
11 lange Zeit zu zerstören.

12 Der Beschluss zur Erlaubnis des Kiesabbaus geht auf das Jahr 1999 zurück. Daher  
13 muss dringend nach aktuellen Emissionsgutachten und naturschutzrechtlichen  
14 Untersuchungen gefragt werden. Sollten diese vorhanden sein ist deren  
15 Erstellung zu fordern, insbesondere unter dem Gesichtspunkt einer langfristigen  
16 Prognose. Darüber hinaus bedarf es einer aktuellen umfassenden und  
17 vollumfänglichen rechtlichen Prüfung unter Einbeziehung der Prüfung der  
18 Rücknahme oder des Widerrufs der erteilten Genehmigung unter Einschluss der  
19 Bereitschaft zu Kompensationszahlungen.

20 Falls der Abbau nicht mehr verhindert werden kann, bedarf es einer klaren  
21 Begrenzung für die Größe des Abbaugbietes und die Belastung durch LKW-Verkehr.

## **Begründung**

22 Im Frühjahr 2021 wurde bekannt, dass der Freistaat 30 Hektar Pillnitzer Flur an  
23 die Borsberg Kieswerke AG verkauft hat. Die Landeshauptstadt Dresden war in  
24 diese Verkaufsverhandlungen nicht mit einbezogen.

25 Bereits im Jahr 2018 hatte die SPD-Fraktion im Dresdner Stadtrat in einem  
26 interfraktionellen Antrag (A0443/18) mit den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
27 und DIE LINKE. den Oberbürgermeister beauftragt, *„im laufenden*  
28 *Planfeststellungsverfahren „Pirnaer Elbebogen“ die ablehnende Haltung der*  
29 *Landeshauptstadt Dresden zum geplanten Kieswerk und dem Kiesabbau in Söbrigen*  
30 *mit Nachdruck und mit allen ihm und der Landeshauptstadt zur Verfügung stehenden*  
31 *Mitteln, zu vertreten“*. In der Folge wurde sowohl die Positionierung des  
32 Dresdner Stadtrates sowie die kritische Sicht der Stadtverwaltung Dresden bzgl.  
33 des geplanten Kiesabbaus in Söbrigen dem Inhaber der Lagerstätte mitgeteilt.  
34 Jedoch ohne Erfolg.

35 Im schlimmsten Fall könnten in naher Zukunft somit jeden Tag 100 Kieslaster über  
36 die Pillnitzer Landstraße fahren, um jährlich 600.000 Tonnen Kies aus der Erde  
37 zu fördern.

## Antrag

**Initiator\*innen:** Landesparteirat

**Titel:** Rassismusgeschichte in die Geschichtsbücher

### Antragstext

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

2 Die Geschichte des Rassismus findet höher Beachtung im Geschichtsunterricht der  
3 8. Klassen an allgemeinbildenden Schulen.

4 Konkret bedeutet dies, dass folgende Schwerpunkte gelehrt werden:

- 5 1. Rassismus als Pseudowissenschaft benennen, die keinerlei biologische,  
6 soziale oder kulturelle Grundlage aufweist und Herausheben dieser Tatsache
- 7 2. Verdeutlichung der verschiedenen Dimensionen von Rassismus.
- 8 3. Den Völkermord an den Herero und Nama im heutigen Namibia aufarbeiten.  
9 Also Benennung der Verantwortlichen, Aufzeigen des Verlaufs und  
10 Betroffenenperspektiven darstellen
- 11 4. Eine kritische und verurteilende Bewertung des Imperialismus, des  
12 Kolonialismus und des Völkermordes des Deutschen Reiches.
- 13 5. Verlinkungen zu aktuellen rassistischen Geschehnissen schaffen und  
14 Problemlösungsansätze formulieren.
- 15 6. Sensibilisierung bei Schüler\*innen für Rassismusbetroffene bilden.

16 Diese Schwerpunkte sind mit 8 Unterrichtseinheiten durchzuführen.

## **Begründung**

17 Rassismus ist kein Phänomen des 20. Jahrhunderts, sondern ist tief in der  
18 europäischen und deutschen Geschichte verankert. Rassistisches Gedankengut gilt  
19 es zu bekämpfen und die Folgen für Betroffene aufzuzeigen.

20 Die verschiedenen Dimensionen des Rassismus sind dabei herauszuarbeiten. Dazu  
21 gehört auch, im Geschichtsunterricht die Geschichte des Rassismus zu  
22 verdeutlichen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Kolonialisierung und Imperialismus  
23 ohne Schwerpunkt auf Rassismusgeschichte gelehrt werden. Stattdessen geht es in  
24 erster Linie darum, die Machtverhältnisse zwischen den europäischen Staaten  
25 aufzuzeigen (SMK, 2019, S.19, S.21,). Eine Betrachtung der unmenschlichen  
26 Behandlung von kolonialisierten Völkern findet kaum oder überhaupt nicht statt.  
27 Dabei sind bis heute menschenverachtende Konzepte des Rassismus aus dem 19. und  
28 frühen 20. Jahrhundert allgegenwärtig, welche letztlich zu rassistischen Morden  
29 und terroristischen Anschlägen im 21. Jahrhundert in mehreren Staaten Europas  
30 und Nordamerikas geführt haben. Rassismus kostet Leben! (Siehe NSU, Tötung von  
31 George Floyd etc.)

32 Erschreckenderweise ist es gar oft so, dass der Imperialismus des Deutschen  
33 Reiches um die Jahrhundertwende unterschwellig als notwendig bewertet wird, da  
34 andere Mächte viele mehr Kolonialgebiete hatten. Es ist also schlicht falsch,  
35 wenn behauptet wird, dass das Deutsche Reich nur sehr kleine Kolonien hatte. War  
36 das kolonialisierte Gebiet doch um ein Mehrfaches größer als das Deutsche Reich  
37 an sich.

38 Noch viel schlimmer wiegt die Tatsache, dass im Lehrplan des  
39 Geschichtsunterrichts mit keinem Wort der Völkermord des Deutschen Reiches an  
40 den Herero und Nama erwähnt wird, obwohl dieser Genozid der erste moderne  
41 Genozid war und zehntausenden das Leben gekostet hat (bpb, 2014). Unter der  
42 Führung von Lothar von Trothar ist das Deutsche Reich eine extrem hohe Schuld  
43 aus sich geladen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland als  
44 Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches hat den Völkermord nie als solchen  
45 benannt, geschweige denn sich bei den Nachfahren der Betroffenen entschuldigt,  
46 geschweige denn den Nachfahren finanzielle Wiedergutmachung angeboten (Zimmerer,  
47 2019). Es wirkt fast so, dass Deutschland diese Verantwortung totschweigen  
48 möchte. Diese Haltung steht dabei konträr zur Aufarbeitung der Taten des NS-  
49 Regimes und ist deshalb nicht nachzuvollziehen.

50 Aus diesen Gründen ist es dringend notwendig, Rassismusgeschichte in die

51 Lehrpläne mit aufzunehmen, um so präventiv bei jungen Menschen für Rassismus zu  
52 sensibilisieren.



**G06**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** SPD-Unterbezirk Chemnitz

**Titel:** Rassismusgeschichte in die Geschichtsbücher

## **Votum der Antragskommission**

Konsens

## **Antragstext**

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

2 Die Geschichte des Rassismus findet höher Beachtung im Geschichtsunterricht der  
3 8. Klassen an allgemeinbildenden Schulen.

4 Konkret bedeutet dies, dass folgende Schwerpunkte gelehrt werden:

5 1. Rassismus als Pseudowissenschaft benennen, die keinerlei biologische,  
6 soziale oder kulturelle Grundlage aufweist und Herausheben dieser Tatsache

7 2. Verdeutlichung der verschiedenen Dimensionen von Rassismus.

8 3. Den Völkermord an den Herero und Nama im heutigen Namibia aufarbeiten.  
9 Also Benennung der Verantwortlichen, Aufzeigen des Verlaufs und  
10 Betroffenenperspektiven darstellen

11 4. Eine kritische und verurteilende Bewertung des Imperialismus, des  
12 Kolonialismus und des Völkermordes des Deutschen Reiches.

13 5. Verlinkungen zu aktuellen rassistischen Geschehnissen schaffen und  
14 Problemlösungsansätze formulieren.

15 6. Sensibilisierung bei Schüler\*innen für Rassismusbetroffene bilden.

16 Diese Schwerpunkte sind mit 8 Unterrichtseinheiten durchzuführen.

## **Begründung**

17 Rassismus ist kein Phänomen des 20. Jahrhunderts, sondern ist tief in der  
18 europäischen und deutschen Geschichte verankert. Rassistisches Gedankengut gilt  
19 es zu bekämpfen und die Folgen für Betroffene aufzuzeigen.

20 Die verschiedenen Dimensionen des Rassismus sind dabei herauszuarbeiten. Dazu  
21 gehört auch, im Geschichtsunterricht die Geschichte des Rassismus zu  
22 verdeutlichen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Kolonialisierung und Imperialismus  
23 ohne Schwerpunkt auf Rassismusgeschichte gelehrt werden. Stattdessen geht es in  
24 erster Linie darum, die Machtverhältnisse zwischen den europäischen Staaten  
25 aufzuzeigen (SMK, 2019, S.19, S.21,). Eine Betrachtung der unmenschlichen  
26 Behandlung von kolonialiserten Völkern findet kaum oder überhaupt nicht statt.  
27 Dabei sind bis heute menschenverachtende Konzepte des Rassismus aus dem 19. und  
28 frühen 20. Jahrhundert allgegenwärtig, welche letztlich zu rassistischen Morden  
29 und terroristischen Anschlägen im 21. Jahrhundert in mehreren Staaten Europas  
30 und Nordamerikas geführt haben. Rassismus kostet Leben! (Siehe NSU, Tötung von  
31 George Floyd etc.)

32 Erschreckenderweise ist es gar oft so, dass der Imperialismus des Deutschen  
33 Reiches um die Jahrhundertwende unterschwellig als notwendig bewertet wird, da  
34 andere Mächte viele mehr Kolonialgebiete hatten. Es ist also schlicht falsch,  
35 wenn behauptet wird, dass das Deutsche Reich nur sehr kleine Kolonien hatte. War  
36 das kolonialierte Gebiet doch um ein Mehrfaches größer als das Deutsche Reich  
37 an sich.

38 Noch viel schlimmer wiegt die Tatsache, dass im Lehrplan des  
39 Geschichtsunterrichts mit keinem Wort der Völkermord des Deutschen Reiches an  
40 den Herero und Nama erwähnt wird, obwohl dieser Genozid der erste moderne  
41 Genozid war und zehntausenden das Leben gekostet hat (bpb, 2014). Unter der  
42 Führung von Lothar von Trothar ist das Deutsche Reich eine extrem hohe Schuld  
43 aus sich geladen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland als  
44 Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches hat den Völkermord nie als solchen  
45 benannt, geschweige denn sich bei den Nachfahren der Betroffenen entschuldigt,  
46

47 geschweige denn den Nachfahren finanzielle Wiedergutmachung angeboten (Zimmerer,  
48 2019). Es wirkt fast so, dass Deutschland diese Verantwortung totschweigen  
49 möchte. Diese Haltung steht dabei konträr zur Aufarbeitung der Taten des NS-  
Regimes und ist deshalb nicht nachzuvollziehen.

50 Aus diesen Gründen ist es dringend notwendig, Rassismusgeschichte in die  
51 Lehrpläne mit aufzunehmen, um so präventiv bei jungen Menschen für Rassismus zu  
52 sensibilisieren.

## Antrag

**Initiator\*innen:** Landesparteirat

**Titel:** **Essen von Allen für Alle – vegetarische & vegane Speisealternativen auf steuerfinanzierten Veranstaltungen einfordern!**

---

### Antragstext

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD*  
2 *Bundesparteitag weiterleiten:*

3 Unsere Gesellschaft wird pluralistischer, und vegetarische und vegane  
4 Lebensweisen etablieren sich immer weiter. Laut einer YouGov/Statista-Studie aus  
5 dem letzten Jahr zufolge ernährten sich bereits 7% der Frauen und 5% der Männer  
6 vegetarisch oder vegan, und 37% der Frauen und 23% der Männer reduziert  
7 fleischhaltig (flexitarisch) oder pescetarisch. Die selbe Studie ergab, dass  
8 aber vor allem bei der kommenden Generation mehr Bereitschaft besteht auf  
9 vegetarische oder vegane Lebensweisen umzusteigen wenn (wie wir momentan sehen  
10 können) bessere Fleischersätze zur Verfügung ständen. In der Gruppe der 18- bis  
11 24-Jährigen lag die Zustimmung dazu bei 53%.[\[1\]](#) Es würden also viele, v.A. junge  
12 Leute vegan und vegetarisch essen, wenn der Zugang zu qualitativ gleichwertigen  
13 Alternativen gewährt wäre. Viele Menschen in Deutschland achten demnach schon  
14 auf bewussten Fleischkonsum, nur leider spiegelt sich dies z.T. nicht in der  
15 Auswahl der Speiseoptionen bei aus öffentlicher Hand finanzierten oder  
16 geförderten Veranstaltungen wieder. Wichtig dabei ist auch zu wissen, dass für  
17 Menschen, die aus religiösen Gründen die in Deutschland häufig angebotenen  
18 Fleischarten oder -zubereitungsweisen nicht konsumieren möchten, eine  
19 vegetarische oder vegane Alternative hilfreich sein kann.

20 Deshalb fordert die SPD Sachsen die Abgeordneten, und, insofern die Regelungs-  
21 kompetenz für ihr Ressort dafür bei ihnen liegt, die Minister\_innen der SPD dazu  
22 auf, Gesetzes-, Verordnungs- oder Fördermittelrichtlinienvorschläge zu prüfen

23 und einzubringen, welche regeln, dass auf jeder Veranstaltung, welche durch  
24 staatliche Organe finanziert oder gefördert wird, oder durch Parteien oder  
25 Stiftungen finanziert oder gefördert wird, welche Geld aus öffentlicher Hand  
26 erhalten, mindestens eine vegetarische und eine vegane Speiseoption zur Auswahl  
27 stehen, insofern Speisen jeglicher Art angeboten werden. Diese Forderung gilt  
28 unabhängig davon, ob die\_der Veranstaltungsteilnehmer\_in für die Speisen  
29 bezahlen muss. Des Weiteren muss die Speisealternative sowohl qualitativ als  
30 auch preislich im angebrachten Verhältnis zu den anderen Speisealternativen  
31 stehen.

32 Daher setzt sich die SPD Sachsen dafür ein, vegetarische und vegane  
33 Speiseoptionen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu stärken. Dies wollen wir  
34 wo möglich und sinnvoll auch im Rahmen von Gesetzen, Verordnungen und  
35 Fördermittelrichtlinien verankern. Die Landtagsfraktion und der  
36 sozialdemokratische Teil der Staatsregierung werden aufgefordert, entsprechend  
37 tätig zu werden. Staatlich geförderte Großveranstaltungen, die solche Optionen  
38 zu bezahlbaren Preisen nicht anbieten, sind für uns inakzeptabel. Als  
39 Sozialdemokratie steht für uns diese Forderung neben vielen anderen, die wir  
40 zugleich erheben: Dem Kampf für die gute und tarifgebundene Bezahlung von  
41 Beschäftigten, für die barrierefreie Erreichbarkeit von Veranstaltungen, für  
42 sichtbare Gleichstellung und faire Lieferketten. Gesellschaftliche Veränderungen  
43 sind in vielen Bereichen notwendig.

## Begründung

44 [\[1\] https://yougov.de/news/2019/06/27/wie-veggie-ist-deutschland/](https://yougov.de/news/2019/06/27/wie-veggie-ist-deutschland/) (abgerufen am  
45 07.03.2020)

46 \*\*\*

47 Öffentliche Veranstaltungen werden von uns allen finanziert – daher sollte auch  
48 jeder dort etwas essen können. Leider gibt es noch immer Fälle, bei denen dies  
49 nicht so ist, obwohl vegetarische und vegane Nahrungsmittel inzwischen genauso  
50 preiswert erhältlich sind wie fleischliche Lebensmittel sind. Des Weiteren sind  
51 pflanzliche Lebensmittel deutlich besser für das Klima als die meisten  
52 tierischen Produkte.

53 Die Umsetzbarkeit solcher Maßnahmen, zumindest in der Verwaltung, hat  
54 Bundesumweltministerin a.D. Barbara Hendricks bereits bewiesen, als sie  
55 folgendes anwies: „Dienstleister/Caterer, die Veranstaltungen des BMUB  
56 beliefern, (...) verwenden weder Fisch oder Fischprodukte noch Fleisch oder aus  
57 Fleisch hergestellte Produkte“[\[2\]](#), verbunden mit weiteren Auflagen zu

58 ökologischem Anbau und Regionalität.

59 Das letztendliche Ziel, vor allem in Anblick auf den klimatischen Aspekt unserer  
60 Nahrungsmittelproduktion, sollte natürlich der komplette Umstieg auf pflanzliche  
61 Kost bei öffentlichen Veranstaltungen sein. Dieser Antrag soll ein erster  
62 Schritt in diese Richtung sein, und bereits so vielen Menschen mit fleischarmen  
63 oder fleischlosen Ernährungsformen eine einfachere Teilhabe am öffentlichen  
64 Leben ermöglichen.

65 [\[2\] https://www.spiegel.de/politik/deutschland/umweltministerium-serviert-bei-](https://www.spiegel.de/politik/deutschland/umweltministerium-serviert-bei-veranstaltungen-nur-noch-vegetarische-kost-a-1135231.html)  
66 [veranstaltungen-nur-noch-vegetarische-kost-a-1135231.html](https://www.spiegel.de/politik/deutschland/umweltministerium-serviert-bei-veranstaltungen-nur-noch-vegetarische-kost-a-1135231.html) (abgerufen am  
67 07.03.2020)

## Antrag

**Initiator\*innen:** Landesparteirat

**Titel:** **Kein Diebstahl an wertlosen weggeworfenen Sachen**

---

### Antragstext

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag  
2 der SPD sowie die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag weiterleiten:

3 Wir fordern eine Reform des § 242 Absatz 1 StGB hinsichtlich des  
4 Tatbestandsmerkmals einer *fremden* beweglichen Sache. Nicht mehr unter den  
5 Straftatbestand fallen soll die Mitnahme von wirtschaftlich praktisch wertlosen,  
6 weggeworfenen Sachen (insb. Sperrmüll und das sog. „Containern“ von  
7 Lebensmitteln).

### Begründung

8 Durch ein Urteil des Amtsgerichts Köln vom 24. April 2019, Aktenzeichen 539 Ds  
9 48/18, und den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 5. August 2020,  
10 Aktenzeichen 2 BvR 1985/19, 2 BvR 1986/19, ist wieder in den Blick geraten,  
11 worüber bis dahin nur Generationen von Jurastudent\*innen den Kopf geschüttelt  
12 haben: Nach aktueller Gesetzeslage ist das Eigentum auch an wirtschaftlich  
13 wertlosen Sachen strafrechtlich geschützt. Auch die Mitnahme zur Abholung  
14 vorgesehenen (Sperr-)Mülls, auch aus einem Abfallcontainer eines Supermarkts  
15 („Containern“), ist strafbar.

16 In einer Zeit, in der aufgrund der Erderwärmung eine nachhaltigere Lebensweise  
17 dringend geboten ist, erscheint dies nicht mehr zu vermitteln. Im Falle einer  
18 Gesetzesänderung bliebe es dabei, dass die Beschädigung von Müllcontainern nach  
19 § 303 StGB als Sachbeschädigung verfolgt bzw. das Wieder-Vermischen von bewusst

20 nach Wertstoffen getrenntem Müll als Ordnungswidrigkeit geahndet werden kann.

21 Ein weitergehendes Bedürfnis, Müll, seinen bisherigen Eigentümer und die

22 Sauberkeit öffentlicher Straßen und Plätze zu schützen, wird nicht gesehen.



## Antrag

**Initiator\*innen:** Landesparteirat

**Titel:** Reform § 123 StGB

### Antragstext

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im  
2 Deutschen Bundestag weiterleiten und an den Bundesparteitag weiterleiten:

3 Wir fordern eine Reform des § 123 StGB, hinsichtlich des Tatbestandsmerkmals  
4 „befriedetes Besitztum“.

5 Nicht mehr unter den Tatbestand fallen sollen jene Konstellationen, in denen  
6 Häuser und Grundstücke betreten werden, die bereits mehrjährig ungenutzt  
7 geblieben sind, obwohl dies praktisch und wirtschaftlich möglich gewesen wäre.  
8 Hierfür ist vielmehr im Rahmen des Ordnungswidrigkeitenrechts eine Lösung zu  
9 finden.

### Begründung

10 Der/ die Eigentümer\*in, der/die das Grundstück wieder selbst nutzen möchte, ist  
11 zu keinem Zeitpunkt schutzlos. Der Zivilrechtsweg bleibt ohne Einschränkung  
12 erhalten. Der Einsatz des Strafrechts - das schärfste Schwert des Rechts, ist  
13 hier nicht erforderlich. Insbesondere im Vergleich mit den anderen  
14 Tatbestandsalternativen fällt auf, dass ein gänzlich anderer Eingriff in  
15 Rechtsgüter vorliegt, wenn in ungenutzte Grundstücke und Räume eingedrungen  
16 wird. Hier ist lediglich das formale Recht andere von der Nutzung/ Einwirkung  
17 auf das Eigentum auszuschließen (§ 903 BGB) betroffen. Die Situation ist nicht  
18 mit jener vergleichbar, wenn z.B. in den persönlichen Wohnbereich eingedrungen  
19 wird und die Intimsphäre der Wohnungsbewohner verletzt wird. Das diese Eingriffe  
20 in unterschiedliche Rechtsgüter insbesondere mit Blick auf die Intensität und  
21 der Schutzbedürftigkeit von demselben Tatbestand erfasst und demselben

22 Strafraumen unterliegen soll, scheint aus straftheoretischer Betrachtungsweise  
23 verfehlt. Die hier vorgeschlagene Reform orientiert sich an der Rechtslage, wie  
24 sie zur Zeit der Weimarer Republik galt. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts  
25 hat damals als befriedetes Besitztum (und damit von § 123 StGB erfasst) nur jene  
26 Fälle erfasst gesehen, in denen eine enge räumliche Verbindung mit einem  
27 bewohnten Haus bestand und das Besitztum damit dessen Frieden teilt. Die spätere  
28 reichsgerichtliche Rechtsprechung hatte diese Auslegung jedoch aufgegeben.  
29 (Vergleiche zur Entwicklung der Rechtsprechung, Schönke/Schröder/Sternberg-  
30 Lieben/Schittenhelm, 30. Aufl. 2019, StGB § 123 Rn. 6a) Eine Regelung im  
31 Ordnungswidrigkeitenrecht lässt der jeweiligen Situation angepasste Reaktionen  
32 der Ordnungsbehörden zu, da das Opportunitätsprinzip und nicht das  
33 Legalitätsprinzip gilt

## Antrag

**Initiator\*innen:** Landesparteirat

**Titel:** **Keine Bestrafung wegen Fahrens ohne Fahrschein**

---

### Antragstext

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-  
2 Landtagsfraktion weiterleiten:

3 Fahren ohne Fahrschein wird gegenwärtig in Deutschland nach § 265a StGB als  
4 "Erschleichen von Leistungen" geahndet.<sup>[1]</sup> Die Diskussion um eine Reform dieser  
5 Rechtslage läuft seit vielen Jahren. Im Dezember 2019 wurden zwei Anträge,  
6 welche die entsprechende strafrechtliche Verfolgung gänzlich abschaffen wollten,  
7 vom SPD-Bundesparteitag an den Parteivorstand zur weiteren Beratung  
8 überwiesen.<sup>[2]</sup> Die Entkriminalisierung des sog. "Schwarzfahrens" ist weiterhin  
9 langfristig unser Ziel.

10 Unabhängig von dieser generellen und längeren Debatte fordern wir:

11 Solange Beförderungerschleichung noch strafbar ist, braucht es Maßnahmen, um  
12 insbesondere Menschen ohne oder mit geringem Einkommen vor den Notlagen, die aus  
13 einer Verurteilung zu Geldstrafen herrühren können, zu schützen. Die  
14 Verurteilungen können für die betroffenen Personen eine Abwärtsspirale in Gang  
15 setzen. Der Verurteilung zur Geldstrafe folgt nicht selten die Überschuldung und  
16 später (Ersatz-)Freiheitsstrafen. Wir werden daher auf allen Ebenen darauf  
17 hinwirken, dass in Fällen des Fahrens ohne Fahrschein keine Strafanträge mehr  
18 gestellt werden.

19 Ein Strafverfahren wegen Beförderungerschleichung im ÖPNV soll unter der  
20 Auflage eingestellt werden, dass die\*der Beschuldigte eine Jahreskarte,

21 beziehungsweise ein einjähriges Abonnement, für den lokalen ÖPNV erwirbt. Sofern  
22 eine Tarifzonenregelung besteht, bezieht sich das zu erwerbende jahresabonnement  
23 auf die Tarifzone, in der die Person ohne Fahrschein aufgegriffen wurde. Dazu  
24 sollen auch kommunale Angebote, beispielsweise der Leipzig-Pass<sup>141</sup> gehören.

25 <sup>111</sup> vgl. MüKo StGB/Hefendehl § 265a Rn 59 ff.

26 <sup>121</sup> [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Bundesparteitag/201912\\_Beschlussbuch\\_BPT.p](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Bundesparteitag/201912_Beschlussbuch_BPT.p)  
27

28 [df](#) (abgerufen am 02.10.2020 19:12 Uhr) Anträge I18 und I19

29 <sup>131</sup> vgl. MüKo StPO/Peters § 153a Rn 95 f.

30 <sup>141</sup> <https://www.leipzig.de/jugend-familie-und-soziales/soziale-hilfen/leipzig-pass/>  
31 (abgerufen am 02.10.2020 19:01 Uhr)

32 <sup>151</sup> vgl. zu ministeriellen Weisungen generell:  
33 <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/weisungsrecht-staatsanwalt-justiz-politik-extern-generalbundesanwalt-generalstaatsanwalt/2/> (abgerufen am  
34 02.10.2020 19:24 Uhr)  
35

## Begründung

36 Die Strafverfolgung wegen Beförderungerschleichung im ÖPNV trifft häufig  
37 diejenigen in unserer Gesellschaft, die bereits mit vielen Beeinträchtigungen zu  
38 kämpfen haben. Menschen, die ohnehin (temporär) Probleme haben, ihr Leben “in  
39 den Griff” zu bekommen, droht durch die Strafverfolgung die weitere  
40 Abwärtsspirale. Diese reicht bis zur Ersatzfreiheitsstrafe für nicht bezahlte  
41 Geldstrafen oder bei wiederholter Tatbegehung Freiheitsstrafe. Dies kann  
42 aufgrund der geringen Summen, um die es geht nicht mehr als verhältnismäßig  
43 angesehen werden. Die drohende Abwärtsspirale widerspricht vehement dem  
44 Resozialisierungsgedanken. Eine weitere generalpräventive/ abschreckende Wirkung  
45 durch die Bestrafung ist bei diesem Tattypus ohnehin nicht zu erwarten. Im  
46 Übrigen wird diese auch weiterhin über die zivilrechtliche Vertragsstrafe  
47 gewährleistet.

48 Eine besondere gesellschaftliche Schieflage wird offenbar, vergleicht man die  
49 Verfolgung von Beförderungerschleichung im ÖPNV mit der Behandlung von  
50 Falschparker\*innen. Letzteres ist nicht strafbar und wird mit nur einem geringen  
51 Ordnungsgeld verfolgt.

52 Solange der politische Wille nicht gegeben ist eine Änderung im materiellen  
53 Strafrecht herbeizuführen kann die hier vorgeschlagene prozessuale Lösung das  
54 Leid lindern. Die Forderung ist mit Ausnahme des letzten Absatzes auf  
55 Landesebene umsetzbar.

## Antrag

**Initiator\*innen:** Landesparteirat

**Titel:** **Teilnahme und Rederecht in Betriebsausschüssen für die Arbeitnehmer\*innenvertretungen der kommunalen Eigenbetriebe**

---

### Antragstext

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Die Arbeitnehmer\*innenvertretungen der kommunalen Eigenbetriebe sollen die  
3 Möglichkeit zur regelmäßigen Teilnahme mit Rederecht an den Sitzungen des  
4 jeweils zuständigen Betriebsausschusses erhalten.

5

6 Sozialdemokratische Mandatsträger\*innen und Entscheider\*innen in der Verwaltung  
7 auf der kommunalen Ebene mögen darauf hinwirken, dieses Ziel im Rahmen der  
8 kommunalen Selbstverwaltung zu erreichen.

9 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, im Rahmen der anstehenden  
10 Kommunalrechtsnovelle zu prüfen, ob eine gesetzliche Grundlage zur  
11 Zielerreichung betragen kann, und sich dafür einzusetzen.

### Begründung

12 Mit der Möglichkeit der regelmäßigen Einladung und Teilnahme mit Rederecht der  
13 Arbeitnehmer\*innenvertretung soll erreicht werden, dass die Kommunikation und  
14 der Informationsfluss aus und in den Betriebsausschüssen mit den  
15 Arbeitnehmer\*innen verbessert wird und somit für alle Seiten eine  
16 vorausschauende und umfangreich zufriedenstellende Arbeits- bzw.  
17 Alltagssituation geschaffen werden kann. Damit soll gewährleistet werden, dass  
18 die Positionen und Anliegen von Arbeitnehmer\*innen dargestellt und einbezogen

19 werden können.  
20 Bisher erfolgen die Besprechungen innerhalb der Betriebsausschüsse nur aus Sicht  
21 bzw. Position der Eigenbetriebsleitungen.

22 Die frühzeitige Einbindung der Arbeitnehmer\*innenvertretungen erhöht auch deren  
23 gesetzlich vorgesehenen Gestaltungsspielraum. Dieser besteht bisher häufig  
24 leider nur in der Theorie. Die SPD ist traditionell an der Seite der  
25 Arbeitnehmer\*innen und sollte auch in diesem Bereich deren Positionen stärken

## Antrag

**Initiator\*innen:** Landesparteirat

**Titel:** **Paritätische Finanzierung des Buß- und Bettages**

---

### Antragstext

1 Die im Rahmen der Einführung der Pflegeversicherung festgelegte alleinige  
2 Finanzierung des Buß- und Bettages durch die Arbeitnehmer\*innen ist  
3 abzuschaffen.

### Begründung

4 Die Große Koalition im Bund hat für 2019 beschlossen, die Krankenversicherung  
5 wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgeber\*innen und Arbeitnehmer\*innen zu  
6 finanzieren. Damit sind die Sozialversicherungen wieder paritätisch finanziert –  
7 mit einer Ausnahme: Sächsische Arbeitnehmer\*innen zahlen den von der Biedenkopf-  
8 Regierung – anders als in den übrigen Bundesländern – nicht abgeschafften Buß-  
9 und Bettag allein und damit einen deutlich höheren Beitrag zur  
10 Pflegeversicherung als Arbeitgeber\*innen. Diese Ungerechtigkeit gehört  
11 abgeschafft.



**K09**

# Antrag

**Initiator\*innen:** SPD-Unterbezirk Dresden

**Titel:** **Demokratie schützen – Digitale Wahlen  
verhindern**

---

## Votum der Antragskommission

Debatte

## Antragstext

1 *Der SPD Landesparteitag möge beschließen und an den Parteivorstand, den*  
2 *Bundesparteitag und die Bundestagsfraktion der SPD weiterleiten:*

- 3 • **Öffentliche Wahlen und Abstimmungen in digitaler Form sollen nur und erst**  
4 **dann stattfinden, wenn die Wahlgrundsätze unserer Verfassung auch für**  
5 **Online-Verfahren sichergestellt werden können. Zur Zeit sind die**  
6 **technischen Möglichkeiten dafür nicht vorhanden, noch ist absehbar, wann**  
7 **sie nutzbar sein werden.**
- 8 • **Geheime Wahlen und Abstimmungen in Parteien sollten öffentlichen Wahlen**  
9 **und Abstimmungen im Parteiengesetz gleichgestellt werden.**
- 10 • **Offene Wahlen und Abstimmungen in Parteien sollten auch online ermöglicht**  
11 **werden.**

12 **Demokratie lebt von Beteiligung. Beteiligung findet statt, wenn erkennbar wird,**  
13 **dass die eigene Entscheidung durch Wahl oder Abstimmung eine verbindliche Folge**  
14 **hat und nicht durch andere verfälscht werden kann.**

15 Das gilt für öffentliche Wahlen genauso wie für die allgemeine politische  
16 Willensbildung in Parteien. Inwiefern kann demokratische Beteiligung durch  
17 digital unterstützte Wahl- und Abstimmungsverfahren gesteigert werden?

## 18 **Öffentliche Wahlen**

19 Für öffentliche Wahlen gelten die Wahlgrundsätze nach Artikel 28 und 38 des  
20 Grundgesetzes.

21 Wahlen müssen allgemein, frei, gleich, unmittelbar und geheim sein. Durch ein  
22 Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2009 (BVerfGE 123, 39 ff.)[1] wurde  
23 klargestellt, dass diese Grundsätze den Einsatz von elektronischen Wahlgeräten  
24 bis auf Weiteres nicht zulassen. Begründet wird dies insbesondere mit dem  
25 Verweis auf die Unmittelbarkeit und die Transparenz der Wahl, da der Verlauf der  
26 Abgabe und Zählung der eigenen Stimme nicht vollständig nachvollzogen werden  
27 kann.

## 28 **Geheimer Wahlen und Abstimmungen in Parteien sind öffentlichen Wahlen 29 gleichzustellen**

30 Geheime Wahlen und Abstimmungen in Parteien müssen öffentlichen Wahlen in ihren  
31 Ansprüchen durch eine Ergänzung des Parteiengesetzes in den §§ 15 und 17  
32 gleichgestellt werden.

33 Wir fordern:

34 Die Ergänzung des § 15 PartG um einen Absatz 4:

35 „Eingesetzte Verfahren für geheime Wahlen und geheime Abstimmungen müssen für  
36 Stimmberechtigte eine unmittelbare Stimmabgabe ermöglichen, transparent und für  
37 jeden nachvollziehbar sein.“

38 Und die Neufassung des § 17:

39 „Die Aufstellung von Bewerberinnen und Bewerbern für Wahlen zu Volksvertretungen  
40 muss in geheimer Abstimmung erfolgen. Eingesetzte Verfahren müssen für  
41 Stimmberechtigte eine unmittelbare Stimmabgabe ermöglichen, transparent und für  
42 jeden nachvollziehbar sein. Die Aufstellung regeln die Wahlgesetze und die  
43 Satzungen der Parteien.“

44 Mit neuen technischen Erkenntnissen ist in Zukunft nicht grundsätzlich

45 auszuschließen, dass diese demokratischen Grundsätze im Sinne der Artikel 28 und  
46 38 im Grundgesetz auch bei digitalen Wahlen erfüllt sein könnten. Zurzeit wären  
47 elektronisch unterstützte Verfahren, die den Anforderungen des  
48 Bundesverfassungsgerichts für öffentliche Wahlen und Abstimmungen entsprechen,  
49 analog für geheime innerparteiliche Abstimmungen, z. B. auf einem virtuellen  
50 Parteitag, nicht verfügbar. Betroffen sind dadurch in erster Linie geheime  
51 Mitgliedervoten oder geheime Urwahlen.

52 Solange keine Möglichkeit bekannt ist, den digitalen Abstimmungsprozess für alle  
53 beobachtbar und nachvollziehbar zu gestalten, ist eine Manipulation des  
54 Wahlgangs, wie das BVerfG ihn für öffentliche Wahlen befürchtet, auch bei  
55 innerparteilichen Stimmabgaben ebenso wenig auszuschließen; im Zweifel ist sie  
56 nicht einmal feststellbar. Gleiches gilt für die Geheimhaltung. Das Vertrauen  
57 der Bevölkerung in demokratische Prozesse wird durch die Abschaffung wichtiger  
58 Kontrollinstanzen beim Einsatz digitaler Instrumente deutlich geschwächt.

59 Die potentiell stärkere Beteiligung der Basis an Online-Abstimmungen wiegt die  
60 entstehende objektive Gefährdung eines gesicherten Abstimmungsvorgangs nicht  
61 auf. Stattdessen werden offene Beteiligungsverfahren die Basisbeteiligung  
62 ermöglichen.

63 Kann die physische Anwesenheit am Wahlort der Wahlberechtigten nicht  
64 sichergestellt werden, sollte auf die bewährte und weniger  
65 manipulationsanfällige Variante der Briefwahl zurückgegriffen werden. Wir  
66 schließen uns daher dem Bundesverfassungsgericht an, dass die Briefwahl als  
67 verfassungskonform ansieht, solange die Briefwahl die Ausnahme bleibt. Wir  
68 fordern die jeweiligen Verantwortlichen auf, mildere Mittel als eine umfassende  
69 Briefwahl priorisiert zu prüfen. Dazu kann eine Verlängerung des Wahlzeitraums  
70 zählen oder die Vergabe von Wahlterminen.

#### 71 **Offene Wahlen und Abstimmungen in Parteien sind auch online zu ermöglichen**

72 Die vorgeschlagenen Änderungen des Parteiengesetzes zur Sicherung des  
73 demokratischen Anspruchs betreffen lediglich geheime digitale Abstimmungen. Es  
74 besteht keine Notwendigkeit, offene Abstimmungen in digitaler Form infrage zu  
75 stellen: In Bezug auf einfache Abstimmungen müssen künftig digitale Abstimmungen  
76 ohne persönliche Anwesenheit möglich sein.

77 Allerdings sind an digitale Abstimmungen auch einige Erfordernisse der  
78 Überprüfbarkeit zu stellen:

- 79 • Das Abstimmungsverhalten sollte unmittelbar nach der Abstimmung durch für

80           alle Stimmberechtigten einsehbare Listen überprüfbar sein.

81           • Darüber hinaus sollen digitale IT-Mindeststandards eingehalten werden:

- 82           ◦ kein Einsatz unverschlüsselter Kommunikation,
- Einsatz von validierter OpenSource-Software,
- 83           ◦ Sicherstellung der richtigen Empfänger:innen (keine Verwendung von
- unüberprüften Mail-Adressen),
- 84           ◦ verpflichtende Mehr-Faktor-Authentifizierung auf Empfänger:innen-
- Seite

85

88           Menschen ohne ausreichende digitale Endgeräte dürfen dabei nicht vergessen oder  
86           benachteiligt werden, eine gleichberechtigte Beteiligung muss sichergestellt  
89           werden.  
87  
90

**K10**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** SPD-Ortsverein Elbhang/Schönfelder Hochland

**Titel:** Wiedereröffnung des Dresdner Fernsehturms

## **Votum der Antragskommission**

Debatte

## **Antragstext**

- 1 Die SPD Sachsen setzt sich dafür ein, dass bevor eine endgültige Entscheidung  
2 über die Sanierung des Dresdner Fernsehturms beschlossen wird,
- 3 1. die rechtliche Zulässigkeit der Wiedereröffnung vollumfänglich geprüft  
4 wird
  - 5 2. die Problematik des Zubringerverkehrs geklärt ist
  - 6 3. den berechtigten Belangen der Anwohner im Hinblick auf den  
7 Zubringerverkehr entsprochen wird
  - 8 4. und für den Fall, dass entweder die rechtliche Zulässigkeit einer  
9 Wiedereröffnung fraglich oder die Belange der Anwohner nicht gewahrt sind,  
10 einer Wiedereröffnung entgegen tritt.

## **Begründung**

11 Die Frage der Wiedereröffnung des Dresdner Fernsehturms ist für die Dresdner  
12 Stadtgesellschaft ein Thema von hervorgehobener Bedeutung. Auf Grund der

13 Verwendung von Fördermitteln des Bundes und des Freistaates Sachsen besitzt die  
14 Problematik allerdings eine über die lokale Bedeutung hinausgehende Dimension.

15 Darüber hinaus ergibt sich eine solche weitergehende Bedeutung aus der über den  
16 engeren Raum von Dresden hinausreichenden touristischen Bedeutung.

17 Die sächsische SPD hat sich in der Vergangenheit für eine Sanierung und  
18 Wiedereröffnung des Dresdner Fernsehturms engagiert. So hat bereits Dr. Eva-  
19 Maria Stange in ihrem Wahlkampf für die Oberbürgermeisterwahl der  
20 Bürgerinitiative, die sich um die Wiedereröffnung des Dresdner Fernsehturms  
21 bemüht ihre Unterstützung signalisiert[1]. Thomas Jurk hat als  
22 Bundestagsabgeordneter dafür gesorgt, dass Mittel zur Sanierung in den  
23 Bundeshaushalt eingestellt werden[2].

24 Demgegenüber hat der antragstellende Ortsverein, in dessen Gebiet sich der  
25 Fernsehturm befindet, dieses Projekt seit Anbeginn mit großer Skepsis verfolgt  
26 und eine „große Lösung“ abgelehnt.

27 Zwischenzeitlich war das Thema Dresdner Fernsehturm wiederholt Gegenstand der  
28 Beschlussfassung im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden.

29 Im Jahr 2017 wurde eine Machbarkeitsstudie[3] vorgelegt. Diese sah verschiedene  
30 Varianten der Erschließung vor, die sich in der Folge als teilweise utopisch  
31 herausgestellt hatten, wie zum Beispiel eine Erschließung mittels einer Seilbahn  
32 vom linkselbischen Ufer oder aber die Errichtung eines großen Neubaus am Fuße  
33 des Fernsehturms mit einem Technikmuseum.

34 Am 17.12.2018 fasste der Stadtrat einen Beschluss zu einer Sanierungs- und  
35 Finanzkonzeption[4].

36 In der weiteren Diskussion des Projekts wurden die Probleme der verkehrlichen  
37 Erschließung offenkundig, sodass der Stadtrat am 8.7.2019 einen Beschluss zur  
38 Erstellung eines Verkehrskonzepts[5] fasste. Dieses Mobilitätskonzept[6] wurde  
39 im Jahr 2020 vorgelegt. Es fand auch eine Einwohnerversammlung im Kulturpalast  
40 statt. Dieses Mobilitätskonzept wurde in erheblichem Umfang kritisiert. Neben  
41 wiederum utopischen Ideen wie der Nutzung von Amphibienbussen, die am  
42 Theaterplatz starten sollen und die Touristenströme dann bewältigen sollen waren  
43 insbesondere die konkreten baulichen Maßnahmen, die als Voraussetzung benannt  
44 worden sind Gegenstand der Kritik. Die dort benannten baulichen Maßnahmen wie  
45 zum Beispiel die Sanierung des Ullersdorfer Platz beschäftigt die  
46 Kommunalpolitik in Dresden seit 30 Jahren, ein Planfeststellungsverfahren, das  
47 zumindest ansatzweise eine zeitliche Abschätzung der Realisierung der baulichen

48 Maßnahmen zulassen würde, ist bislang nicht eingeleitet.

49 Am 22.4.2021 beschloss der Stadtrat eine Absichtserklärung zur Regelung der  
50 Rahmenbedingungen für die Wiedereröffnung des Dresdner Fernsehturms-Letter  
51 Intent (LOI) [\[7\]](#).

52 Die SPD Stadtratsfraktion hat im Hinblick auf die fehlende Perspektive bei der  
53 Bewältigung der zu erwartenden Verkehrsströme und im Hinblick auf die Frage der  
54 rechtlichen Zulässigkeit gegen diese Absichtserklärung gestimmt.

55 Vor diesem Hintergrund hält der antragstellende Ortsverein die gegenwärtige  
56 Vorgehensweise durch Landeshauptstadt Dresden für nicht akzeptabel und beantragt  
57 daher wie oben ausgeführt die Unterstützung des Landesverbandes.

58 [\[1\]https://www.vereinfernsehturmdresden.de/?p=965](https://www.vereinfernsehturmdresden.de/?p=965)

59 [\[2\]https://www.spd-sachsen.de/haushaltsausschuss-des-bundestages-bewilligt-  
60 mittel-fuer-funkturm-sanierung-in-dresden/](https://www.spd-sachsen.de/haushaltsausschuss-des-bundestages-bewilligt-mittel-fuer-funkturm-sanierung-in-dresden/)

61 [\[3\]](#)  
62 [https://www.dresden.de/media/pdf/presseamt/Fernsehturm\\_MachbarkeitsstudieRev.\\_-  
63 \\_1.2\\_-\\_TEIL\\_1.pdf](https://www.dresden.de/media/pdf/presseamt/Fernsehturm_MachbarkeitsstudieRev._-1.2_-_TEIL_1.pdf)

63 [\[4\]](#) SR/058/2018

64 [\[5\]](#) SR A0587/19

65 [\[6\]](#) SR V0636/20

66 [\[7\]](#) V0172\_19\_Beschlussausfertigung\_SR\_V0172\_19\_mU.pdf

# Antrag

**Initiator\*innen:** AG 60 plus Sachsen

**Titel:** **Umwandlung des Buß- und Bettages von einem gesetzlichen in einen stillen Feiertag auch in Sachsen**

---

## Votum der Antragskommission

Debatte

Die Beschlusslage in der SPD Sachsen ist "Beibehaltung des gesetzlichen Feiertages."

## Antragstext

1 Der Landesvorstand und die Landtagsfraktion setzen sich für die Umwandlung des  
2 Buß- und Bettages von einem gesetzlichen in einen stillen Feiertag auch in  
3 Sachsen ein. Der Buß- und Bettag wurde durch Gesetz vom 27.2.1934 erstmals als  
4 gesetzlicher Feiertag im gesamten Deutschen Reich eingeführt. Es gibt keinen  
5 landesspezifischen Grund, ihn in Sachsen, abweichend von den 15 anderen  
6 Bundesländern, als gesetzlichen Feiertag zu behalten.

7 Seine von 15 Bundesländern abweichende Begehung in Sachsen ist ungerecht  
8 gegenüber unseren sächsischen Arbeitern und Angestellten (künftig verkürzt hier  
9 nur "Arbeitern") und wettbewerbsverzerrend zu Lasten in anderen Bundesländern  
10 tätiger Unternehmen.

## Begründung

11 Annahme: Ein sächsischer Arbeiter erhalte 2020 pro Monat 3000,- Euro



12 versicherungspflichtige Einkünfte, sei unter 23 Jahre alt bzw. über 23 Jahre mit  
13 Kind(ern).

14 Das ergäbe eine versicherungspflichtiges Jahreseinkommen von 36 000,- Euro p. a.  
15 Der gesamte Beitrag zur Pflegeversicherung betrüge in den Jahren 2019 und 2020  
16 in der gesamten BRD je 1 098,- Euro (3,05 %). In fünfzehn Bundesländern je 549,-  
17 Euro (1,525 %) zu bezahlen jeweils von Arbeitern wie Unternehmen.

18 Lediglich in Sachsen wird der Arbeiter mit 729,- Euro (2,025 %) p. a. zur Kasse  
19 gebeten, er bezahlt also 180,00 Euro mehr in die Pflegekasse ein als seine  
20 Kollegen in den anderen 15 Bundesländern. Für die Unternehmen bleiben 369,- Euro  
21 (1,025 %) einzuzahlen.

22 Dafür hat der sächsische Arbeiter am Buß- und Betttag einen gesetzlichen Feiertag  
23 und Anspruch auf das Entgelt, welches er ohne den gesetzlichen Feiertag erhalten  
24 würde. Wenn man der Einfachheit halber seine versicherungspflichtigen Einkünfte  
25 dem Monatslohn gleich- und den Monat mit 20 Arbeitstagen ansetzt, also auf  
26 3000,- Euro durch 20 Tage, mithin 150,- Euro.

27 Zusammenfassend zahlt der sächsische Arbeiter übers Jahr verteilt 180,- Euro  
28 mehr in die Pflegekasse ein als seine Kollegen in den restlichen Bundesländern.  
29 Dafür erhält er dann in der Abrechnung für November ("nachfinanziert") von  
30 seiner Firma 150,- Euro Feiertagslohn.

31 Die von der Firma gegenüber der Pflegekasse eingesparte Differenz zwischen den  
32 549,- Euro (15 Länder) und 369,- Euro (Sachsen) von 180,00 Euro p. a.  
33 (korrigiert um den Feiertagslohn) sind ungerechtfertigter Extraprofit und ein  
34 Wettbewerbsnachteil für die Firmen in den restlichen Bundesländern zu Lasten der  
35 sächsischen Arbeiter. Das sollte schleunigst geändert werden.

## Antrag

**Initiator\*innen:** Landesparteirat

**Titel:** Änderung der Kommunalverfassung –  
Förderung der Demokratie

### Antragstext

1 Der Landesparteitag der SPD-Sachsen möge beschließen:

2 Die SPD-Landtagsfraktion wird beauftragt, ein Gesetz einzubringen, um die  
3 Kommunalverfassung im Freistaat Sachsen so zu ändern, dass:

- 4 1. städtische Beschäftigte, die überwiegend körperlich arbeiten (z.B.  
5 Beschäftigte der Stadtreinigung und in Bauhöfen, Hausmeister), nach ihrer  
6 Wahl in ein Ehrenamt als Stadträtin/ Stadtrat bzw. Gemeinderätin/  
7 Gemeinderat, dieses Amt ausüben können, ohne dazu ihre berufliche  
8 Tätigkeit aufzugeben oder ruhen zu lassen.
- 9 2. alle Beschäftigten kommunaler Eigenbetriebe nach ihrer Wahl in ein  
10 Ehrenamt als Stadträtin/ Stadtrat bzw. Gemeinderätin/ Gemeinderat, dieses  
11 Amt ausüben können, ohne dazu ihre berufliche Tätigkeit aufzugeben oder  
12 ruhen zu lassen. Ausgenommen von dieser Neuregelung bleiben aufgrund ihres  
13 besonderen Status innerhalb der Eigenbetriebe sowie gegenüber der  
14 kommunalen Verwaltung und der kommunalen Fachaufsicht all jene  
15 Beschäftigten, die in Leitungspositionen in den jeweiligen Eigenbetrieben  
16 tätig sind.

### Begründung

17 Das aktive und passive Wahlrecht ist nicht nur grundgesetzlich geschützt,

18 sondern die Basis unserer Demokratie. Tatsächlich gibt es allerdings kein  
19 Bundesland, in dem Angestellte der Gemeinde, die in den Gemeinderat gewählt  
20 wurden, ihr Ehrenamt antreten dürfen, ohne zugleich ihre Tätigkeit in der  
21 Verwaltung aufzugeben.

22 Begründet wird das regelmäßig damit, dass Räte die Arbeit der Verwaltungen  
23 steuern und kontrollieren sollen. Damit seien die Aufgaben im Rat mit einer  
24 zeitgleichen beruflichen Tätigkeit als Mitarbeiter\*in der Verwaltung  
25 unvereinbar.

26 Gemäß **Art. 137 GG** kann daher die *Wählbarkeit von Beamten, Angestellten des*  
27 *öffentlichen Dienstes, Berufssoldaten, freiwilligen Soldaten auf Zeit und*  
28 *Richtern im Bund, in den Ländern und den Gemeinden gesetzlich beschränkt werden.*  
29 Die Amtsausübung muss gleichwohl für keinen städtischen Beschäftigten  
30 eingeschränkt werden.

31 Einige Bundesländer sehen für Arbeitnehmer\*innen, die überwiegend körperlich  
32 arbeiten, ein solches Verbot nicht vor. Das Verbot der Amtsausübung für  
33 Beschäftigte, die überwiegend körperlich arbeiten (vormals in Abgrenzung zu  
34 Angestellten als Arbeiter bezeichnet), ist vom Grundgesetz nämlich nicht  
35 vorgesehen. Dieser Personenkreis ist in Art. 137 GG nicht angeführt und darf  
36 damit an der Ausübung des Ehrenamts nicht gehindert werden. Insofern erscheint  
37 jede Regelung, die darauf gerichtet ist, körperlich arbeitende Menschen von der  
38 Ausübung ihres Mandats abzuhalten, als Verstoß gegen das Grundgesetz.  
39 Mit der oben angeführten Begründung muss man zudem davon ausgehen, dass  
40 lediglich die Personen, die direkt durch ihren Arbeitsvertrag an der Verwaltung  
41 der Kommunen beteiligt sind, von der Kontrolle des Verwaltungshandelns  
42 ausgeschlossen werden **können**.

43 Eigenbetriebe dienen nicht der Verwaltung der Kommune. Sie erfüllen, ebenso wie  
44 kommunale GmbHs, kommunalwirtschaftliche Aufgaben, die dem Allgemeinwohl und der  
45 Daseinsvorsorge dienen. Insofern erscheint es vollkommen unverhältnismäßig, über  
46 Art. 137 GG Beschäftigte der kommunalen Eigenbetriebe an der Ausübung ihres  
47 ehrenamtlichen Engagements für die Kommune bzw. Gemeinde zu behindern. Auch ist  
48 nicht vermittelbar, dass z.B. eine Krankenschwester des Städtischen  
49 Eigenbetriebs St. Georg Leipzig, die Wachkomapatienten versorgt, ein Mandat  
50 nicht annehmen darf, ohne ihr Arbeitsverhältnis zu beenden, eine  
51 Krankenschwester des Städtischen Klinikums St. Georg gGmbH Leipzig, die in der  
52 Chirurgie arbeitet, gleichwohl.

## Antrag

**Initiator\*innen:** Landesparteirat

**Titel:** **Freigabe der Impfpatente: die Welt braucht mehr als nur nette Spenden**

---

### Antragstext

1 Der Landesparteitag möge beschließen und an die SPD-Bundestagsfraktion und die  
2 S&D Fraktion im EU-Parlament sowie an Martin Dulig als Ostbeauftragten im SPD-  
3 Bundesvorstand weiterleiten:

4 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, die Mitglieder der SPD-  
5 Bundestagsfraktion sowie die Mitglieder der S&D-Fraktion sollen sich für eine  
6 Aussetzung der Impfstoffpatente der Covid-19-Impfstoffe einsetzen und sowohl in  
7 der Bundesregierung als auch auf europäischer Ebene für eine Patentaussetzung  
8 werben. Die rechtliche Grundlage für ein Aussetzen dieser Patente ist in  
9 Deutschland bereits für den Fall einer epidemischen Lage nationaler Tragweite  
10 über das Infektionsschutzgesetz sowie das Patentrecht geregelt. Es ist Zeit für  
11 die Gesundheit aller diese Möglichkeit nun zu ergreifen.

12 Die SPD (Sachsen) unterstützt eine Resolution der WTO-Mitgliedsstaaten und der  
13 US-Regierung des Präsidenten Biden bei ihrem Vorschlag, die Impfpatente zur  
14 Bekämpfung der COVID-19-Pandemie befristet freizugeben, sowie den Vorstoß der  
15 Europäischen Union dahingehende Gespräche zu führen. Grundlage hierfür kann die  
16 Vergabe von Zwangslizenzen für die Produktion von Impfstoffen anhand des TRIPS-  
17 Abkommens von 1994 sein. Die Bundesminister:innen der SPD werden aufgefordert  
18 alles in ihrer zu Kraft Stehende zu tun, damit dieses Vorhaben nicht wegen der  
19 deutschen Bundesregierung scheitert. Bei einem Dissens in der Bundesregierung  
20 soll dieser offen nach außen kommuniziert werden.

21 Wir als Sozialdemokratie begrüßen die Unterstützung, der bei der WTO beantragten  
22 Ausnahmegenehmigung für das TRIPS Abkommen, durch die US-amerikanische Biden-

23 Administration ausdrücklich und befürworten diese global gerechte  
24 Pandemiebekämpfungsstrategie. Für die Organisation der Weitergabe von Patenten  
25 soll der globale Patentpool der WHO genutzt werden, der bereits im Kampf gegen  
26 HIV eine große Rolle gespielt hat.

27 Die sächsische SPD spricht sich für eine umfassende Unterstützung der Länder des  
28 globalen Südens beim Aufbau eigener Produktionskapazitäten u.a. durch  
29 Technologie- und Wissenstransfer und Anschubfinanzierungen sowie die Schaffung  
30 leistungsfähiger regionaler Verteilungssysteme für Medikamente und  
31 Medizinprodukte aus. Wir setzen uns dafür ein, dass nicht gebrauchte Impfstoffe  
32 der EU unverzüglich im Rahmen der Covax-Initiative weitergegeben werden. Dafür  
33 ist die Offenlegung der Verträge zwischen EU und Impfstoffherstellern eine  
34 Voraussetzung.

35 Die Impfkampagnen in den Ländern des globalen Nordens sind auf einem sehr guten  
36 Weg, der schon bald eine weitgehende Rückkehr zur Normalität ermöglichen wird.  
37 Gleichzeitig sehen wir, dass in in Ländern wie Indien oder Brasilien das  
38 Gesundheitssystem kurz vor dem Kollaps steht und die Bevölkerung mutierten  
39 Varianten des Covid19-Virus schutzlos ausgesetzt ist. Die Weltgemeinschaft muss  
40 jetzt zusammenstehen und Menschen schützen. Nur in einem gemeinsamen Kraftakt  
41 können wir diese Pandemie überwinden. Menschenleben dürfen nicht für  
42 Profitinteressen geopfert werden. Das ist eine Frage der globalen Gerechtigkeit,  
43 der wir als Sozialdemokrat\*innen verpflichtet sind.

## Begründung

44 Die US-Regierung unter Präsident Biden hat den Vorstoß unternommen und  
45 gefordert, dass die Impfstoffpatente der Hersteller zur Bekämpfung der COVID-19-  
46 Pandemie befristet freigegeben werden. Konkret geht es darum, bei der  
47 Welthandelsorganisation (WTO) eine befristete Ausnahmeregelung für Corona-  
48 Impfstoffe hinsichtlich deren Patentschutz aus geistigem Eigentum zu  
49 beschließen. Die Grundlage dafür findet sich im als "TRIPS-Abkommen" bekannten  
50 "Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums"  
51 von 1994. Artikel 31 desselben legt fest, dass Mitgliedsstaaten bei einem  
52 nationalen Notstand Zwangslizenzen für die Produktion einer für sie bedeutsamen  
53 Erfindung erteilen können. Dies würde es anderen Firmen ermöglichen, zeitweise  
54 Impfstoffe zu produzieren, ohne dafür die entsprechend hohen Lizenzgebühren zu  
55 zahlen. Einen solchen nationalen Notstand erleben wir derzeit! Impfstoffe sind  
56 Mangelware. Nach der Nichtregierungsorganisation Oxfam haben die "reichen Länder  
57 mit 13 Prozent der Weltbevölkerung mehr als die Hälfte der bisher geplanten  
58 Impfstoffproduktion aufgekauft"<sup>11</sup>.

## **Impfpenden und -exporte helfen nicht weiter**

Von der COVID-19-Pandemie betroffen sind derzeit gerade auch ärmere Länder in Südamerika, Afrika oder explizit Indien. Die EU-Staaten haben bis Anfang März diesen Jahres zwar insgesamt 24,6 Millionen Dosen Corona-Impfstoff an 31 Länder weltweit exportiert. Schaut man sich jedoch an, in welche Länder unter welcher Verteilung die Impfdosen gingen, erhielten reiche Länder wie das Vereinigte Königreich, Kanada, Japan, die USA, Australien und Saudi-Arabien weit mehr als die Hälfte des Gesamtexportvolumens<sup>[12]</sup>. Impfpenden nach Afrika beispielsweise erfolgten spät und sind vergleichsweise mickrig: Die globale Partnerschaft COVAX lieferte am 27.02.2021 600.000 Impfdosen nach Ghana.<sup>[13]</sup>

Internationale Organisationen wie Ärzte ohne Grenzen e.V. kritisieren: "Gerade inmitten einer Pandemie können wir uns ineffiziente Verteilungen und künstlich gedrosselte Produktionskapazitäten nicht leisten"<sup>[14]</sup>. Andere Ansätze - wie der Appell der Weltgesundheitsorganisation vom 19.05.2020 zur Schaffung einer weltweiten "Technologie-Plattform" für COVID-19-Produkte und deren Verfügbarkeit als "globales öffentliches Gut" - sind bislang erfolglos versandet. Insbesondere die durch die WHO eingesetzte Initiative "Covid-19 Vaccines Global Access (COVAX)" ist stark unterfinanziert und kann daher ihrem Ziel, Ländern weltweit und unabhängig von deren Kaufkraft Zugang zu Impfstoffen zu verschaffen, nicht gerecht werden.<sup>[15]</sup>

## **100 WTO-Mitgliedsstaaten und die EU für Gespräche über die Aussetzung der Patente**

Mehr als 100 WTO-Mitgliedsstaaten haben bereits erklärt, für die Resolution zur befristeten Aufhebung des Patentschutzes der Impfstoffe stimmen zu wollen.<sup>[16]</sup> Auch die EU zeigt sich schon offen für den Vorschlag der USA. Namentlich die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen äußerte, die EU "sei willens, alle Vorschläge zu diskutieren, die darauf abzielen, mit der Krise auf eine effektive und pragmatische Weise umzugehen"<sup>[17]</sup>.

## **Recht auf Gesundheit ist gewichtiger als das Recht auf Gewinne für die Pharmaindustrie**

Dagegen wendet sich die vorrangig westeuropäische und US-amerikanische Pharmaindustrie immer wieder damit, dass erst geistige Eigentumsrechte den Durchbruch für Covid-19-Impfstoffe und -Medikamente gebracht hätten. Dabei wird geflissentlich verschwiegen, dass Milliarden an Steuergeldern, private Spenden die Haupttreiber der beispiellosen Forschungsanstrengungen zu Covid-19 waren, sowie klinische Studien vor Ort, das öffentliche Gesundheitswesen, Covid-19-Überlebende und anderen Forschungsprojekte für Medikamente und Impfstoffe zu diesem schnellen Erfolg beigetragen haben. Dass die erzielten Ergebnisse nun monopolisiert und exklusiv kommerziell verwertet werden sollen, entspricht in keiner Weise der Verantwortung der Weltgemeinschaft in dieser Pandemiesituation. Lieferverzögerungen und preisliche Nachforderungen der Impfstoffhersteller zeigen außerdem, dass Monopole auf Impfstoffe schon bisher zu zeitlichen

101 Verzögerungen und großen Problemen bei der Pandemiebekämpfung geführt haben.  
102 Gleichzeitig soll weiterhin Sicherheit für die Forschung und der Schutz am  
103 geistigen Eigentum nicht ad acta gelegt werden, sondern in besonderen  
104 Situationen wie der aktuellen COVID-19-Pandemie lediglich die notwendigen, aber  
105 begrenzten Handlungsoptionen zur Debatte gestellt und auf ihre Umsetzung hin  
106 geprüft werden.

### 107 **Schlussfolgerung**

108 Unsere Glaubwürdigkeit als internationalistische Partei leidet, wenn wir nun  
109 nicht deutlich dafür eintreten, dass Menschenleben und das Ziel der effektiven  
110 Pandemiebekämpfung über individuellem wirtschaftlichem Gewinnstreben und  
111 Marktmonopolen stehen. Nur durch schnelles und effektives Impfen weltweit und  
112 jeglicher Bevölkerungsgruppen können wir derzeitige Virusmodifikationen/-  
113 mutationen bekämpfen und künftige eindämmen. Es ist kurzsichtig und  
114 verantwortungslos zu glauben, das Virus wäre kein Problem mehr, wenn es nur vom  
115 eigenen Kontinent verschwindet. Ohne internationale Solidarität kann die  
116 Weltgemeinschaft diese Pandemie nicht bewältigen, sondern wird kurz- und  
117 langfristig soziale Ungleichheit, sozialen Unfrieden und existenzielle Gefahren  
118 für alle verschärfen.

119  
120 <sup>[11]</sup>[https://www.dw.com/de/zwangslizenzen-f%C3%BCr-impfstoffe-pro-contra/a-](https://www.dw.com/de/zwangslizenzen-f%C3%BCr-impfstoffe-pro-contra/a-56471937)  
121 [56471937.](https://www.handelsblatt.com/politik/international/impfstoffe-eu-staaten-exportieren-24-6-millionen-dosen-impfstoff/26995190.html?ticket=ST-590988-5CaMeT23APYa20kPPtS0-ap6) <sup>[12]</sup>[https://www.handelsblatt.com/politik/international/impfstoffe-eu-](https://www.handelsblatt.com/politik/international/impfstoffe-eu-staaten-exportieren-24-6-millionen-dosen-impfstoff/26995190.html?ticket=ST-590988-5CaMeT23APYa20kPPtS0-ap6)  
122 [staaten-exportieren-24-6-millionen-dosen-impfstoff/26995190.html?ticket=ST-](https://www.handelsblatt.com/politik/international/impfstoffe-eu-staaten-exportieren-24-6-millionen-dosen-impfstoff/26995190.html?ticket=ST-590988-5CaMeT23APYa20kPPtS0-ap6)  
123 [590988-5CaMeT23APYa20kPPtS0-ap6.](https://www.handelsblatt.com/politik/international/impfstoffe-eu-staaten-exportieren-24-6-millionen-dosen-impfstoff/26995190.html?ticket=ST-590988-5CaMeT23APYa20kPPtS0-ap6)

124 <sup>[13]</sup>[https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/wto-patente-aussetzen.](https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/wto-patente-aussetzen)

125 <sup>[14]</sup>[https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/wto-patente-aussetzen.](https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/wto-patente-aussetzen)

126 <sup>[15]</sup>[https://www.dw.com/de/zwangslizenzen-f%C3%BCr-impfstoffe-pro-contra/a-](https://www.dw.com/de/zwangslizenzen-f%C3%BCr-impfstoffe-pro-contra/a-56471937)  
127 [56471937.](https://www.dw.com/de/zwangslizenzen-f%C3%BCr-impfstoffe-pro-contra/a-56471937)

128 <sup>[16]</sup>[https://www.dw.com/de/usa-f%C3%BCr-aussetzung-der-patente-f%C3%BCr-corona-](https://www.dw.com/de/usa-f%C3%BCr-aussetzung-der-patente-f%C3%BCr-corona-impfstoffe/a-57441305)  
129 [impfstoffe/a-57441305.](https://www.dw.com/de/usa-f%C3%BCr-aussetzung-der-patente-f%C3%BCr-corona-impfstoffe/a-57441305) <sup>[17]</sup>[http://www.zeit.de/politik/ausland/2021-05/ursula-von-](http://www.zeit.de/politik/ausland/2021-05/ursula-von-der-leyen-eu-kommission-corona-impfstoff-patente-impfstoffproduktion)  
130 [der-leyen-eu-kommission-corona-impfstoff-patente-impfstoffproduktion.](http://www.zeit.de/politik/ausland/2021-05/ursula-von-der-leyen-eu-kommission-corona-impfstoff-patente-impfstoffproduktion)

## Antrag

**Initiator\*innen:** Landesparteirat

**Titel:** **Die Unabhängigkeit der Stadtbezirksbeiräte stärken**

---

### Antragstext

1 Der Landesparteitag der SPD-Sachsen möge beschließen und an die SPD-  
2 Landtagsfraktion weiterleiten:

3 Um die Unabhängigkeit der Stadtbezirksbeiräte gegenüber der kommunalen  
4 Verwaltung zu stärken, soll Kommunen in der Sächsischen Gemeindeordnung § 71 Nr.  
5 4 (SächsGemO) ermöglicht werden, in ihrer Hauptsatzung den Stadtbezirksbeiräten  
6 die Möglichkeit zu geben, ihre einzelnen Vorsitzenden frei aus ihrem Gremium zu  
7 wählen.

8  
9 Die Stadtverwaltung entsendet weiterhin eine/n Repräsentant/in in den  
10 Stadtbezirksbeirat, der/die auch als Vorsitzende/r wählbar ist.

11 Die Stadtverwaltung entsendet weiterhin eine/n Repräsentant/in in den  
12 Stadtbezirksbeirat, der/die auch als Vorsitzende/r wählbar ist.

### Begründung

13 Die Stadtbezirksbeiräte sind wichtige Gremien zur Beratung der Verwaltung. Ihre  
14 Stärke besteht in ihrem konkreten Wissen um die Bedürfnisse und Anliegen der  
15 Bürger\*innen in den einzelnen Stadtbezirken. Während die Mitglieder der  
16 Stadtbezirksbeiräte gewählt werden, obliegt die Leitung der Stadtbezirksbeiräte  
17 der Stadtverwaltung. Sie entsendet den oder die Vorsitzende\*n und übernimmt  
18 damit die Leitung des Gremiums.



19 In der Praxis hat es sich in der Vergangenheit leider oft gezeigt, dass der oder  
20 die Vorsitzende z.B. aus Terminnot oder aufgrund der Entscheidung, dass aus  
21 seiner Sicht keine „wichtigen“ Anliegen vorliegen, das Gremium nicht einlädt und  
22 es zu keiner Sitzung kommt.

23 Deshalb möchten wir mit diesem Antrag erreichen, dass das Gremium  
24 selbstständiger handeln kann, ohne von der Stadtverwaltung abhängig zu sein,  
25 ihre Dominanz der demokratischen Partizipation weicht und die Funktion der  
26 Stadtbezirksbeiräte besser legitimiert ist.

27 § 71 Abs. 4 (SächsGemO) regelt die Leitung des Gremiums. Deshalb richtet sich  
28 der Antrag an die Landtagsfraktion.

**D06**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** SPD-Kreisverband Leipzig

**Titel:** **Unterstützung der Europäischen Bürger-Initiative „Uneingeschränkte politische Rechte für die Bürgerinnen und Bürger der EU“**

---

## **Votum der Antragskommission**

Debatte

## **Antragstext**

1 Der Landesparteitag der SPD-Sachsen möge beschließen:

2 Die SPD Sachsen unterstützt aktiv die Europäische Bürger-Initiative  
3 „Uneingeschränkte politische Rechte für die Bürgerinnen und Bürger der EU“ von  
4 „Voters Without Borders“ beim Sammeln von Unterschriften. Bei Veranstaltungen  
5 der SPD Sachsen und ihren Gliederungen sollen datenschutzkonform Unterschriften  
6 für diese Europäische Bürger-Initiative gesammelt werden.

7 Die SPD Sachsen bekennt sich damit auch zu einer Ausweitung des aktiven und  
8 passiven Wahlrechts für EU-Ausländer\*innen für die Landtagswahl in Sachsen und  
9 für die Wahl zum Deutschen Bundestag.

## **Begründung**

10 Rund 17,6 Millionen EU-Bürger leben und arbeiten in einem anderen EU-Staat,  
11 zahlen dort Steuern, ihre Kinder gehen teilweise in Deutschland zur Schule und  
12 in den Kindergarten, politische Entscheidungen haben somit konkreten Einfluss

13 auf das Leben dieser Menschen. Jedoch können EU-Ausländer beispielsweise in  
14 Deutschland lediglich an Kommunal- und den Europawahlen teilnehmen. Gerade die  
15 Abstimmung über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments ist für EU-  
16 Bürger, die sich im EU-Ausland aufhalten, immer noch zu kompliziert und zu  
17 bürokratisch. An der Teilnahme als Wähler oder Kandidat bei Landtags- und  
18 Bundestagswahl sind EU-Bürger in Deutschland sogar ausgeschlossen.

19  
20 Genau diese Probleme möchte „Voters Without Borders“ mit ihrer Europäischen  
21 Bürger Initiative (EBI) „Uneingeschränkte politische Rechte für die Bürgerinnen  
22 und Bürger der EU“ angehen. Gelingt es innerhalb eines Jahres in sieben EU  
23 Staaten mindestens 1 Millionen Unterschriften von Wahlberechtigten zu sammeln  
24 muss sich die Europäische Kommission damit beschäftigen, wie sich EU-Bürger, die  
25 im EU-Ausland leben, an nationalen Abstimmungen beteiligen können.

26  
27 Diese EBI verfolgt drei Ziele:

28  
29 1) EU-Bürger sollen in ihrem gegenwärtigen Wohnort automatisch als Wähler  
30 registriert und bisher bestehende Hindernisse beseitigt werden.

31  
32 2) Aufwertung des Wahlrechts als europäisches Grundrecht. EU-Bürger sollten die  
33 Wahlmöglichkeit haben, ob sie bei allen Wahlen und Referenden in ihrem  
34 Herkunftsland oder Aufenthaltsland wählen möchten.

35  
36 3) Die Auswirkungen einer Modernisierung des allgemeinen Wahlrechts für EU-  
37 Bürger sowie eine mögliche Ausweitung auf Drittstaatsangehörige aus Nicht-EU-  
38 Staaten soll wissenschaftlich untersucht werden.

39  
40 Eine EBI (englisch European Citizens Initiative, ECI) ist das einzige formale  
41 direktdemokratische Werkzeug auf EU-Ebene.

42  
43 Als Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“-Partei und als Europa-Partei sollte  
44 sich die SPD dieser Aktion anschließen, um nicht nur im Wähler\*innensegment der  
45 EU-Ausländer\*innen zu profitieren, sondern auch europafreundliche Wähler\*innen  
46 an sich zu binden.

# Beschluss Z10

## Antrag

**Initiator\*innen:** Landesparteirat

**Titel:** **Keine Zusammenarbeit mit  
demokratiefeindlichen Parteien**

---

### Antragstext

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-  
2 Landtagsfraktion und den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

3 Gliederungen und Fraktionen der SPD werden nicht mit der AfD oder ihr nahen  
4 Fraktionen in Kommunalparlamenten zusammenarbeiten. Ungeachtet inhaltlicher  
5 Initiativen der AfD würde eine Zusammenarbeit in Sachfragen auf Stadtrats- oder  
6 auf Kreisebene zu einer Stärkung der Partei als Ganzes führen.

7 Wir als SPD bekennen uns zu den unveränderbaren Werten unseres Grundgesetzes.  
8 Die AfD hat diesen gemeinsamen demokratischen Boden verlassen und folgt  
9 zunehmend ihrem einflussreichen rechtsextremen Parteiflügel. Ihren Nährboden  
10 zieht die AfD aus kleineren Kommunen. Das Gefühl abgehängt zu sein und wenig  
11 Bezug zur Politik bekannter Parteien sorgt für alarmierende Wahlergebnisse. Die  
12 AfD ist in zahlreichen Gemeindeparlamenten bereits zweistellig vertreten, sogar  
13 bis zu über 20 % in einigen ostdeutschen Gemeinden.

14 Jede:r gewählte Vertreter:in der AfD hat sich bewusst für eine Kandidatur im  
15 Wirkungskreis dieser Partei entschieden. Egal wie harmlos Initiativen gewählter  
16 AfD-Stadträte oder Kreisräte auch sein mögen, sie eröffnen bei einer  
17 Unterstützung die Möglichkeit für eine wachsende Akzeptanz der AfD. Eigene  
18 Initiativen sind immer zu bevorzugen und ggf. daneben zur Abstimmung zu stellen.  
19 Wir wollen keine Mehrheiten mit Rechtsextremisten, sollten einzelne Vertreter  
20 auch noch so „nett“ sein.

## **Begründung**

21 erfolgt mündlich

**Z05**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** SPD-Ortsverein Dresden-Elbhang/Schönfelder Hochland

**Titel:** Strategie zur inhaltlichen Ausrichtung

## **Votum der Antragskommission**

Debatte

## **Antragstext**

1 Der Landespartei Vorstand wird aufgefordert, bis zum nächsten Parteitag eine  
2 Strategie zur inhaltlichen Ausrichtung zu erstellen, die sich an unserer  
3 Zielgruppe orientiert.

## **Begründung**

4 Die Stimmenanteile der SPD Sachsen in den Landes- und Kommunalwahlen sind seit  
5 Jahren in besorgniserregendem Umfang rückläufig. Wir glauben nicht, dass diese  
6 Situation allein ihre Ursachen in einem Imageproblem oder verbesserungsfähigem  
7 Marketing hat. Wir glauben auch nicht, dass sie allein auf von uns nicht zu  
8 beeinflussende Ursachen beruht. Wenn wir diese Zahlen als bloße  
9 Wasserstandsmeldungen abtun, ist uns nicht geholfen. Wir vermuten vielmehr, dass  
10 sich die Politik der sächsischen SPD inhaltlich zu sehr von den Bedürfnissen und  
11 Anliegen der sächsischen Bürgerinnen und Bürger entfernt hat. Insofern wäre der  
12 Abwärtstrend bei den Zustimmungswerten ein deutliches Indiz dafür, dass sich  
13 unsere Partei inhaltlich anders ausrichten müsste, wenn sie ihre Zielgruppe  
14 erreichen will. Diese Statistiken, aber auch unsere Rückmeldungen aus der  
15 politischen Arbeit an der Basis und in unserem Alltagsumfeld zeigen, dass wir  
16 immer weniger wahrgenommen werden als Partei mit politischer Gestaltungskraft  
17 und Gestaltungswillen. Sie nähert sich sogar der Fünf-Prozent-Hürde und damit  
18

19 der politischen Bedeutungslosigkeit. Dies ist für uns umso unverständlicher, als  
20 sich der SPD Sachsen durch ihre Regierungsbeteiligung gerade in der  
21 gegenwärtigen Ausnahmesituation die Chance bietet, ihr Potential auszuschöpfen  
22 und dadurch an Bedeutung zu gewinnen. Wir können ein ernsthaftes, planmäßiges  
23 Vorgehen des Landespartei Vorstandes gegen diese Krise nicht erkennen und fordern  
24 ihn darum zu einer umfassenden Analyse ihrer Ursachen auf und zur  
25 anschließenden Umsetzung einer aus diesen Erkenntnissen entwickelten  
Gesamtstrategie.

**Z06**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** SPD-Ortsverein Freital

**Titel:** Trennung von Parteiamt und politischen Amt

## **Votum der Antragskommission**

Debatte

## **Antragstext**

1 Die Trennung von Parteiamt (z. B. Parteivorsitz) und politischem Amt (z. B.  
2 Minister) als Anhäufung von Funktionen soll zukünftig in der SPD Sachsen  
3 erfolgen. Hier ist ausdrücklich nicht die Trennung von Amt (z. B.  
4 Generalsekretär/in) und Mandat (z. B. Landtagsabgeordnete/r, Bürgermeister/in,  
5 Stadtrat/Stadträtin) gemeint.

## **Begründung**

6 Die Trennung von Parteiamt und politischem Amt wird gefordert, da hier ein  
7 Interessenskonflikt bestehen kann und damit Aufgaben, die mit dem Parteiamt in  
8 Verbindung stehen, nicht oder nur unzureichend wahrgenommen würden.  
9 Beispielsweise würden kritische Äußerungen oder neuartige Ideen, welche aus der  
10 sächsischen SPD heraus entstehen, nicht ausreichend durch den/die  
11 Parteivorsitzende(n) vertreten und kommuniziert, wenn dieser/diese gleichzeitig  
12 Teil der sächsischen Regierung ist. Damit würde eindeutig ein  
13 Interessenskonflikt bestehen, der wiederum bei einem Mandatsträger nicht  
14 vorhanden wäre, wenn er nicht Teil der Regierung ist.

15 Außerdem besteht in der Außenwahrnehmung kein Unterschied zwischen einem z. B.  
16 Minister und Parteivorsitzenden, wenn dieser beide (oder noch mehr Ämter bzw.



17 Mandate) wahrnimmt. Die Bürger würden daher geäußerte Ideen bzw. Kritik (wenn  
18 diese überhaupt zur Sprache käme), immer als Äußerung des/der z. B. Ministers/in  
19 verstehen, aber nicht des/der Parteivorsitzenden.

20 Weiterhin ist anzumerken, dass die zur Verfügung stehende Arbeitszeit einer  
21 Person mit mehreren Ämtern für die einzelne Funktion beschränkt ist, so dass  
22 nicht alle Ämter mit hoher Intensität bearbeitet werden können. Wenn Funktionen  
23 auf mehrere Personen aufgeteilt werden, ist eine intensivere Arbeit für die  
24 Ämter anzunehmen.

**Z07**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** SPD-Ortsverein Delitzsch

**Titel:** **Breite parteiinterne Diskussion zur Analyse der Bundestagswahl von 2017**

---

## **Votum der Antragskommission**

Debatte

## **Antragstext**

1 Der Parteitag möge beschließen, dass unverzüglich - noch im Vorfeld der  
2 Bundestagswahl 2021 - vom SPD-Landesvorstand eine breite parteiinterne  
3 Diskussion zur Analyse der Bundestagswahl von 2017 begonnen wird, die seit Mitte  
4 2018 vorliegt. Ferner soll eine entsprechende Anregung an den SPD-Bundesvorstand  
5 gegeben werden.

## **Begründung**

6 Die Analyse hat in der innerparteilichen Diskussion zur Vorbereitung der  
7 Bundestagswahl 2021 noch keine Rolle gespielt - weder auf Landes- noch auf  
8 Bundesebene. Es zeichnet sich ab, dass die in der Analyse benannten Fehler  
9 wiederholt werden und dass ein noch deutlich schlechteres Wahlergebnis droht als  
10 2017, wie die Umfragen leider vermuten lassen. Daran hat bisher weder die neue  
11 Parteiführung noch die frühzeitige Kür des Kanzlerkandidaten etwas ändern  
12 können. Die Analyse hat den Titel "Aus Fehlern lernen". Dabei geht es auch um  
13 die Abwanderung von Wählern in beängstigenden Größenordnungen zu allen anderen  
14 im Bundestag vertretenen Parteien. Wir sehen in der Wahlanalyse eine  
15 entscheidende Ideensammlung, wie diese Wähler zurückgewonnen werden können.

**Z08**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** SPD-Ortsverein Olbernhau

**Titel:** Kandidatur von Nichtakademikern

## **Votum der Antragskommission**

Debatte

## **Antragstext**

- 1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:
- 2 Der Landesvorstand wird aufgefordert zu prüfen, ob bei Kandidaturen für den
- 3 Bundes- und Landtag eine Quote von 25% Nichtakademikern eingeführt werden kann.

## **Begründung**

- 4 Arbeiter, Bauern, Handwerker sind die weitaus größte Gruppe unserer Bevölkerung.
- 5 Vertreten sind sie in den genannten Parlamenten aber minimal. Wir als SPD
- 6 Sachsen müssen den Versuch starten, das zu ändern.

**Z09**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** AG 60 plus Sachsen

**Titel:** „Stopp weiterer Kürzungen finanzieller  
Mittel/Budget der AG 60plus“

---

## **Votum der Antragskommission**

Debatte

## **Antragstext**

1 Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass künftig keine  
2 Kürzungen des jährlichen Budgets der Arbeitsgemeinschaften 60plus vorgenommen  
3 werden.

## **Begründung**

4 Nicht nur in den Unterbezirken, auch auf Landes- und Bundesebene wird das Budget  
5 gekürzt.

6 In der AG 60plus der SPD trifft sich der Erfahrungsschatz der SPD. Die Aufgabe  
7 der AG 60 plus ist es, die Interessen der Älteren innerhalb und außerhalb der  
8 SPD zu vertreten.

9 Sie haben die Aufgabe sich als Bindeglied mit den Älteren in anderen  
10 Organisationen, Verbänden und Institutionen zu vernetzen.

11 Ihr Engagement ist deshalb groß und weit in Themen gefächert. Die AG 60plus  
12 benötigen deshalb zur Durchführung der Aufgaben ein festes planbares  
13 finanzielles Budget, um Veranstaltungen und Engagement vorausschauend planen zu  
14 können.